

... ist das Hauptziel in dieser konstituierenden Phase klarerweise, die Dynamik in Richtung einer europäischen föderalen Struktur der Regierung der Multituden zu lenken. Wir sind für eine konstituierende Macht, die eine Föderation in Europa aufbaut.

Negri / Sánchez Cedillo Für einen konstituierenden Prozess in Europa

**Für einen konstituierenden Prozess
in Europa**

Antonio Negri / Raúl Sánchez Cedillo

**Für einen konstituierenden Prozess
in Europa**

Antonio Negri / Raúl Sánchez Cedillo

Für einen konstituierenden Prozess in Europa

**Demokratische Radikalität
und die Regierung der Multituden**

Aus dem Italienischen von Gerald Raunig

Mit einer Einleitung versehen und herausgegeben von
Isabell Lorey und Gerald Raunig

**transversal texts
transversal.at**

ISBN der Printversion: 978-3-903046-06-1
transversal texts

transversal texts ist Textmaschine und abstrakte Maschine zugleich,
Territorium und Strom der Veröffentlichung, Produktionsort und Plattform
- die Mitte eines Werdens, das niemals zum Verlag werden will.

transversal texts unterstützt ausdrücklich Copyleft-Praxen.
Alle Inhalte, sowohl Originaltexte als auch Übersetzungen, unterliegen
dem Copyright ihrer Autor_innen und Übersetzer_innen, ihre Vervielfältigung
und Reproduktion mit allen Mitteln steht aber jeder Art von nicht-kommerzieller
und nicht-institutioneller Verwendung und Verbreitung, ob privat oder öffentlich, offen.

Dieses Buch ist gedruckt, als EPUB und als PDF erhältlich.
Download: transversal.at
Umschlaggestaltung und Basisdesign: Pascale Osterwalder

transversal texts, 2015
eipcp Wien, Linz, Berlin, London, Zürich
ZVR: 985567206
A-1060 Wien, Gumpendorferstraße 63b
A-4040 Linz, Harruckerstraße 7
contact@eipcp.net
eipcp.net | transversal.at

Das eipcp wird von der Kulturabteilung der Stadt Wien gefördert.



Inhalt

Isabell Lorey und Gerald Raunig

Das gespenstische Potenzial des <i>potere costituente</i>. Vorbemerkungen zu einem europäischen konstituierenden Prozess	9
---	---

Antonio Negri und Raúl Sánchez Cedillo

1 Heute ist die Demokratie eine wilde und konstituierende Demokratie	39
2 Die Hoffnung des demokratischen Monsters: zwischen Syriza und Podemos	47
3 Eine neue Erfahrung der ökonomischen Regierung	59
4 Für eine konstituierende Initiative in Europa	69

Isabell Lorey und Gerald Raunig

**DAS GESPENSTISCHE POTENZIAL DES
POTERE COSTITUENTE.
Vorbemerkungen zu einem europäischen
konstituierenden Prozess**

Die in diesem kleinen Buch versammelten und gemeinsam verfassten Texte des italienischen Philosophen Antonio Negri und des spanischen Aktivisten und Übersetzers Raúl Sánchez Cedillo verstehen sich als Zeitdokumente und politische Interventionen. Sie wurden zwischen Februar und April 2015 geschrieben, zwischen dem Wahlsieg der griechischen Linkspartei Syriza, dem turbulenten Regierungsantritt von Alexis Tsipras und den Kommunalwahlen in Spanien im Mai 2015. Die Texte sind simultan auf den Publikationsplattformen publico.es, euronomade.info und transversal.at in Spanisch, Italienisch, Englisch und Deutsch veröffentlicht worden. Sie intervenieren damit nicht nur in die Brennpunkte des Wahljahres 2015, sondern in den gesamten europäischen Raum.

Wenn Antonio Negri und Raúl Sánchez Cedillo über eine konstituierende Initiative, eine konstituierende Kampagne, einen konstituierenden Prozess für Europa

sprechen, dann hat dieser Prozess nicht erst mit dem Wahlsieg von Syriza begonnen. Er wurzelt sehr stark in den Besetzungs- und Demokratiebewegungen, die seit 2011 vor allem in Südeuropa entstanden sind, von denen, wie in Griechenland, Syriza in einem großen Ausmaß profitiert hat und aus denen sogar Parteien hervorgegangen sind, wie in Spanien Podemos und andere. Es ist ein „konstituierender Geist“, so Negri und Sánchez Cedillo, der sich in Europa zu entwickeln beginnt, für ein anderes Europa „von unten“. Und dieser sich immer weiter materialisierende Geist provoziert das durchaus heterogene, aber Austeritätspolitik befürwortende Europa offenbar in hohem Maße, vor allem seit er sich auch in einer Regierung zeigt. Er ruft immer krasser Diffamierungen, Klassifizierungen und Aggressionen hervor, bis zum totalen Verlust der Contenance der Polit-Profis Ende April 2015 beim Treffen der europäischen Finanzminister_innen, die den griechischen Kollegen als „Spieler“ und „Amateur“ beschimpften.

Traditionelle Parteien-, Regierungs- und Medienlogik registriert das Gespenst eines konstituierenden Prozesses in Europa offensichtlich erst im Fall einer linken Regierungsübernahme. Die sozialen Bewegungen werden in diesem Diskurs stets ignoriert oder als schwächlich und im Abnehmen begriffen diffamiert. Diese konservative Abwehrreaktion sollte nicht dazu verleiten, die sozialen Bewegungen und ihre Fundierung in molekularen Alltagspraxen geringzuschätzen. Das wäre eine falsche und reduktionistische Interpretation der Bedeutung des europäischen konstituierenden Prozesses und würde lediglich den hegemonialen Diskurs bestätigen.

Die Reaktion des alten Europas. Hegemoniale Männlichkeit und Realitätsverwei- gerung im deutschsprachigen Raum

Mit dem Wahlsieg von Syriza am 25. Januar 2015 setzt in weiten Teilen Europas, vor allem aber in Deutschland eine mediale und politische Schlammschlacht gegen die neue linke Regierung in Griechenland ein, die in dieser einhelligen Einseitigkeit eine Besonderheit darstellt. Sie reicht von erwartbaren Positionen im rechtspopulistischen und konservativen Lager bis zu in dieser Weise weniger vorhersehbaren Äußerungen aus dem linksliberalen und linken Lager.¹

Es gehört nicht unbedingt zum Stil etwa der *Süddeutschen Zeitung*, sich an Kampagnenjournalismus zu beteiligen und vor allem nicht, Politik über Kleidungsfragen zu analysieren. Doch in mehreren Ausgaben dieses Aushängeschilds des liberalen Journalismus in Europa wurde implizit oder explizit thematisiert, welche rebellische Symbolik sich wohl dahinter verberge, keinen Schlips zu tragen oder das Hemd nicht in die Hose zu stecken. Hinter der zynisch feixenden Rede über Bekleidungsfragen kommt auf verkehrte Weise zunächst die Klassenfrage zum Vorschein – den griechischen Finanzminister qualifizieren die Liberalen als Bessergestellten („Ob Varoufakis den Gürtel enger schnallt, sieht man nicht: er lässt sein Hemd gern über die Hose hängen [und] gilt als George Clooney

¹ Vgl. einen der wenigen kritischen Artikel zur deutschen Berichterstattung von Robert Misik, „Befehlen, abkanzeln, schulmeistern. Die deutschen Medien haben sich in der Eurokrise einen Tunnelblick zugelegt“, *Die Wochenzeitung* (WOZ) vom 26. März 2015, S. 23.

Athens“²), die reaktionäre Presse schiebt ihn hingegen zu den Wilden aus der Unterklasse (die machistische Geste des furchteinflößenden Rebellen, mit Lederjacke und heraushängendem Hemd sei unreif und solle bloß die Hilfsbedürftigkeit Griechenlands überspielen³). Der Diskurs über den schönen und wilden Macho verweist zunächst darauf, dass sich die kollektive hegemoniale Männlichkeit des nationalen wie europäischen Parketts offensichtlich massiv herausgefordert sieht.⁴ Interessant ist, dass die als Bedrohung imaginierte, marginalisierte Männlichkeit in diesem Fall nicht feminisiert, sondern als überzeichnetes Potenzgehabe abgewertet wird. Europa – bedroht durch die Figur des unkonventionellen südländischen Machos in Gestalt des griechischen Finanzministers: In diesem Szenario muss die konservative, hegemoniale Männlichkeit Haus und Hof vor der wilden Bedrohung schützen. Die Form der maskulinstischen Interpretation von Varoufakis‘ Präsenz spielt

2 Violetta Simon, „Stilkritik zu Yanis Varoufakis. Die Attitüden des Ministers“, *Süddeutsche Zeitung* vom 17. Februar 2015. Die Stilfrage wird ein paar Wochen später in derselben Zeitung zum Symptom einer umfassenden Camouflage, die auch das ausgewiesene ökonomische Wissen umfasst: Varoufakis „inszeniert sich gekonnt als Rüpel, als Macho und eben auch als Ökonom“, dies sei der Auftritt eines „Mannes, der eigentlich viel Radikaleres will, dies aber für zu gefährlich hält.“ (Nikolaus Piper, „Ökonomie als Kult“, *Süddeutsche Zeitung* vom 7. März 2015).

3 Vgl. Ulf Poschardt, „Warum griechische Politiker den Macho geben“, *Die Welt* vom 5. Februar 2015.

4 Die stets kollektive Norm hegemonialer Männlichkeit dient des geschlechtsdominanten patriarchalen Machterhalts und verweist auf die durchsetzungsfähigste Form von Männlichkeit in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation. Die heterogenen Analysen zu hegemonialer Männlichkeit gehen zurück auf das Buch von Raewyn Connell, *Masculinities* [1995], 2nd. Edition, Cambridge: Polity Press 2005.

deshalb auch eine wichtige Rolle in der gegenwärtigen renationalisierenden Selbstvergewisserung in Deutschland.

Die soziale Situation in Griechenland wird nicht nur über den Kleidungsstil des griechischen Finanzministers verhandelt – sie verlangt der deutschen medialen Öffentlichkeit so viel ab, dass sie zuweilen gänzlich geleugnet werden muss. Eine extreme Variante, dies zu tun, ist der Vergleich von Syriza und Podemos mit dem rechtsradikalen Front National. All diese Parteien gehörten, so die *Süddeutschen Zeitung*, zum gleichen Populismus, der das bestehende Europa bedrohe. „Europas Extreme, rechte wie linke, vereint dieselbe marktfeindliche, anti-europäische Ideologie [...]: dass die Völker im Namen Europas darben müssen, weil Brüssels Austeritätspolitik die Massen ins Elend treibe.“⁵

Mit der Engführung Europas auf die Austeritätspolitik scheint es unmöglich, das immense soziale Elend wahrzunehmen, das diese unsoziale Politik verursacht. Jegliche Kritik daran wird als ‚extrem‘ und anti-europäisch abgestempelt. Die rhetorische Brücke für einen gewollten oder ungewollten Austritt der südeuropäischen Kritiker_innen aus der Europäischen Währungsunion ist damit bereitet: Wer die europäische Politik kritisiert, soll raus aus der Union. Das ist nicht nur Ausdruck des Kampfes um die europäische Währung oder autoritäre Herrschaftsrethorik der Alternativlosigkeit, sondern zugleich Symptom für die Bedrohung, die bis ins linksliberale Lager mit Syriza und Podemos imaginiert wird.

⁵ Christian Wernicke, „Front National: Syriza auf französisch“, *Süddeutsche Zeitung* vom 23. März 2015, S. 4. Im November 2014, als Podemos aus Umfragen als stärkste nationale Partei hervorging, titelte bereits *Die Zeit* „Spaniens linke AfD gewinnt“.

Die Anstrengung einer grundlegenden demokratischen Transformation der Union wird in der Projektion des alten Europas zu einer gefährlichen Drohung, gleich der rechtsradikalen Austrittsrhetorik des Front National.

Die immense Realitätsverweigerung⁶ der Austeritätsbefürworter_innen ist erstaunlich. Bereits 2009 warnte die WHO davor, dass sich die Wirtschaftskrise zu einer sozialen und Gesundheitskrise entwickelte.⁷ Mitte 2013 legten die beiden Gesundheitswissenschaftler David Stuckler und Sanjay Basu ihre vielbeachtete Studie vor, in der sie die verheerenden Auswirkungen der Finanzkrise auf Irland und Griechenland beschreiben.⁸ Und kürzlich belegte eine weitere Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, dass Griechenland ohne Sparpolitik besser dastehen würde. Darin heißt es, diese Politik sei sozial völlig unausgewogen und habe zu einem weiteren wirtschaftlichen Absturz geführt. Die Einkommen sind pro Haushalt durchschnittlich um ein

6 Realitätsverweigerung werfen vornehmlich Konservative den „Reformgegnern“ vor, also jenen, die die Austeritätspolitik als unsozial und als die Europäische Union zerstörend kritisieren.

7 WHO-Studie „Wie können Gesundheitssysteme ökonomische Krisen überstehen?“, 14. September 2009 (<http://www.euro.who.int/de/media-centre/sections/press-releases/2009/09/how-can-health-systems-navigate-through-difficult-economic-times>).

8 David Stuckler, Sanjay Basu, *Sparprogramme töten. Die Ökonomisierung der Gesundheit* [2013], Berlin: Wagenbach 2014; siehe auch die in diesem Zusammenhang wohl renommierteste soziologische Studie der britischen Universitäten Cambridge, Oxford und London, erschienen im Februar 2014 mit dem Titel „Greece’s health crisis: from austerity to denialism“, *The Lancet*, Vol. 383, Nr. 9918 (2014), S. 748-753. Die Studie belegt den Anstieg der Todgeburten, HIV-Infektionen, Tuberkulose, Depressionen und Selbstmorde seit 2008; 800.000 Menschen waren 2013 arbeitslos und ohne Sozialversicherungsschutz.

Drittel eingebrochen, die Armut ist massiv gewachsen.⁹ Das alles vor dem Hintergrund globaler Transformationen eines nunmehr maschinischen Kapitalismus und dessen Verwerfungen wie massiver Prekarisierung, neuer Sklaverei sowie der Ausbreitung von Psycho-Pathologien, Depression und Suizid.

Die Austeritätspolitik umsetzend, hat die konservative Vorgängerregierung von Syriza ebenso wie die konservative Regierung in Spanien ernsthafte Probleme in der Gesundheitsversorgung stets bestritten. Um dem konservativen wie linksliberalen Realitätsverlust ein Ende zu setzen, geht es bei der linken Kritik an der aktuellen europäischen Austeritätspolitik tatsächlich um ein Entweder–Oder – allerdings nicht pro oder contra Europa, sondern um eine andere europäische Politik, die, wie Antonio Negri und Raúl Sánchez Cedillo deutlich machen, als dezidierte Sozialpolitik tatsächlich ohne Alternative ist.

Weshalb aber ist ein solcher Realitätsverlust, eine solch außerordentliche sozialpolitische Blindheit in der deutschsprachigen Öffentlichkeit zu vermerken? Es geht bei der moralischen und politischen Abwehr der Politik von Syriza nicht einfach um die Verschärfung des anti-griechischen Diskurses, der in Deutschland seit 2010 immer wieder zu vernehmen ist. Bis zum Wahlsieg von Syriza waren viele differenzierte Berichte zu lesen und Positionen zu hören. Die politische Wende Anfang 2015 bedeutet allerdings einen massiven diskursiven Rechtsruck – nicht nur, weil die europäische Austeritätspolitik zum ersten Mal auf Regierungsebene grundlegend infra-

⁹ Vgl. die Mitte März 2015 veröffentlichte Studie „Wie Griechenland ohne Sparpolitik dastünde“, *Böckler Impulse*, 6/2015.

ge gestellt wird. Vielmehr geht es auch um einen Prozess der Renationalisierung, der bemerkenswerterweise ohne nennenswerte Gegendiskurse bleibt.

Deutschland übernimmt in diesem Prozess der Renationalisierung die Rolle des wirtschaftspolitischen europäischen Hegemons gegenüber einem alternativen linken Europa.¹⁰ Es geht um eine nationale Identität, die sich – ausgehend von der in der Krise herausgehobenen deutschen Wohlstandposition – zwischen Schuld und Schulden neu zu formieren sucht. Die Schuldfrage ist zu Recht in der deutschen NS-Vergangenheit verwurzelt, in der Vernichtungspolitik der Konzentrationslager und in der Kriegsschuld, und bedeutet 70 Jahre nach Kriegsende, dass eine neue Führungsposition Deutschlands immer moralisch und humanitär unterfüttert werden muss. Deutschland hilft und rettet, gerade aufgrund seiner historischen Schuld – das ist das Image, das auch die deutsche Regierung immer wieder herzustellen versucht. Deswegen galten etwa auch die griechischen Reparationsforderungen an Deutschland in den liberalen Medien sehr bald als berechtigt, Forderungen, die nicht mit dem Verweis auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag¹¹ vom

10 Dies äußert sich allerdings auf europäischem Parkett nicht in einer eindeutigen Führungsposition.

11 Dieser Vertrag wurde nach dem Fall der Mauer zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf der einen und den vier Siegermächten USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion auf der anderen Seite ausgehandelt und 1991 ratifiziert. Er garantiert die vollständige Souveränität des vereinigten Deutschlands und gilt „anstatt eines Friedensvertrages“ als offizielles Ende der Nachkriegszeit. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag sieht somit keine weiteren Reparationsforderungen auch von Staaten vor, die nicht an seiner Aushandlung beteiligt waren, und bestätigt quasi den Schuldenerlass der Londoner Schuldenkonferenz von 1953. Der Vertrag soll Deutschland in finanzieller Hinsicht von Schuld und Schulden befreien.

Tisch gewischt werden konnten und mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer noch unklaren Form beglichen werden¹². Die aktuellen griechischen Staatsschulden jedoch werden von dieser deutschen Schulden-Schuldstrikt getrennt. Ein Schuldenschnitt, wie er der Bundesrepublik Deutschland nach dem Ende der NS-Herrschaft zuteil wurde, ist in Deutschland nicht mehrheitsfähig. Zu sehr dominiert auch im maschinischen Kapitalismus die Aktualisierung des alten christlichen Moraldiskurses, in der finanzielle Schulden mit der moralischen Schuld als Selbstverantwortung verwoben werden: Wer über seine Verhältnisse lebt, ist selbst schuld, selbst verantwortlich.¹³

Die in vielen Positionen in Deutschland geäußerte Überheblichkeit und Arroganz ermöglicht es, die Notwendigkeit nicht nur einer griechischen, sondern auch einer europäischen Sozialpolitik auszublenden. Diese Haltung trägt stark patriarchale Züge und fügt sich in eine zunehmend autoritär gestaltete Gouvernamentalität, die Teil der gegenwärtigen Umformung Europas ist. Jeder Versuch von Seiten der griechischen Regierung, einen stärker sozialpolitisch orientierten Kompromiss mit den europäischen Institutionen auszuhandeln, wird mit der schulmeisterlichen Überlegenheitsgeste zurück-

12 Im Gegensatz zu Österreich, dessen Regierung derartige Reparationsforderungen mit dem Verweis auf völkerrechtliche Grundlagen zurückweist. Trotz nachgewiesener federführender Beteiligung von österreichischen Akteuren an Zwangskrediten und wirtschaftlicher Ausplünderung Griechenlands wird hier jede Rechtsnachfolge des nationalsozialistischen Regimes kategorisch abgelehnt.

13 Vgl. Lazzaratos Analyse der Verstrickung von moralischer Schuld und finanziellen Schulden bei Nietzsche im Kontext der aktuellen Finanzkrise (Maurizio Lazzarato, *Die Fabrik des verschuldeten Menschen. Ein Essay über das neoliberale Leben*, aus dem Französischen von Stephan Geene, Berlin: b_books 2012).

gewiesen, die Griechen sollten „ihre Hausaufgaben“ (allein) in der Logik des Sparens machen. Wer in dieser Weise auf das kompromisslose Einhalten von Sparverträgen pocht, ohne die Möglichkeit neuer Verhandlungen und alternativer Wege, der ist ganz offensichtlich gezwungen, Austeritätspolitik gegen Sozialpolitik zu setzen, weil die bisherigen Sparverträge letzteres nicht zulassen.

Diese rechthaberische Sparposition verteidigt sich, indem sie jene, die diese Entwicklung grundlegend kritisieren, als jung, unerfahren, unvernünftig, wild und gefährlich abkanzelt, und deren Versuche der Einführung von Augenhöhe selbst als arrogant und anmaßend diskreditiert. Die Ernennung eines auf Ministeriebene rein männlichen Kabinetts ist tatsächlich ein gravierendes politisches Problem der ersten linken Regierungsbildung im Europa des 21. Jahrhunderts. Die Konstruktion einer pubertierenden, Testosteron gesteuerten griechischen Regierung ist allerdings vielmehr von den Projektionen hegemonialer Männlichkeit geprägt als von einer politischen Kritik dieses Umstands. Und sie zeigt in ihrer Vulgarität zugleich Parallelen zum (europaweit vorzufindenden) vornehmlich von konservativer bis reaktionärer Seite geäußerten Anti-Feminismus und „Political-Correctness“-Bashing: ein herablassender Diskurs, in dem seine meist männlichen Wortführer gegen alles wettern, das die von ihnen verkörperte weiße, etablierte Männlichkeit zu bedrohen scheint.¹⁴ Hier geht es um die Restabilisierung einer nationali-

14 Zum Beispiel Ulf Poschardt, stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung *Die Welt*, der Varoufakis im gleichen Stil einen infantilen Machismus bescheinigt wie er Feminismus und Gender-Studies diffamiert (siehe auch Fußnote 3).

sierten reaktionären und generativen Heteronormativität, die sich offensichtlich nicht nur durch die Kritik an patriarchalen Geschlechterverhältnissen bedroht fühlt, sondern auch durch die Figur des potenten Machos aus der Peripherie.

Die mediale Infantilisierung und Sexualisierung der griechischen Regierung zeigt zudem neokoloniale Züge. Die deutsche Selbstfindung stützt sich nicht nur auf die schulmeisterliche, patriarchale Überlegenheitsgeste, sondern auch auf einen entwicklungspolitischen Mythos. Die Kredite an Griechenland werden im deutschen politischen Sprachgebrauch als „Hilfen“ und als „Rettung“ bezeichnet: Angela Merkel spricht von „Finanzhilfen“, und sogar die Partei *Die Linke* will „Hilfspakete für Griechenland“. Beides erinnert an Entwicklungshilfe für arme Länder und humanitäre Katastrophenhilfen. Derartige Hilfsdiskurse dienen aber vornehmlich der Souveränisierung und moralischen Aufwertung der „Gebenden“. Abgesehen davon, dass die „Hilfspakete“ im Rahmen der europäischen Austeritätspolitik an die alternativlose Umsetzung dieser Politik geknüpft sind, schien es zeitweise, als würde – trotz der falschen Benennung – die entwicklungspolitische Konnotation zu keiner mehrheitlichen Zustimmung in der deutschen Bevölkerung führen. Die Moral der Selbstverantwortung für die Schuld/en dominiert den nationalisierenden und in seinem Abgrenzungsdualismus populistischen Diskurs: „Wir Deutschen“ zahlen mit „unseren“ Steuergeldern nicht für „die Griechen“. In dieser neokolonialen Rhetorik der Hilfe ist es auf zynische Weise nur konsequent, wenn im Falle eines „Graccidents“ von „humanitären Hilfsprogrammen“ der EU für Griechenland die Rede ist – das wäre dann die outgesourcte neokoloniale Sozialhilfe.

Die journalistische Aufklärung darüber, dass es sich bei den sogenannten „Hilfspaketen“ um Kredite handelt, die Griechenland im Prinzip zurückzahlen muss, und die in Deutschland nicht zu einer einzigen Einsparung geführt, die Steuerzahler_innen also noch mit keinem Cent belastet haben, bleibt größtenteils aus. Das neokoloniale Wording verbindet sich mit der Bezeichnungspraxis des maschinischen Kapitalismus, mit der der Abbau von Arbeitsmarktregelungen und sozialen Rechten verharmlosend als „Reformen“ zur internationalen „Wettbewerbsfähigkeit“ benannt wird.

Die genealogischen Dimensionen der konstituierenden Macht

Um zu verstehen, wie Negri und Sánchez Cedillo die zentralen Begriffe der konstituierenden Macht und des konstituierenden Prozesses einsetzen, ist es hilfreich, eines der Hauptwerke von Antonio Negri zur Hand zu nehmen. Das Buch trägt in der 1992 erschienenen italienischen Originalversion den Titel *Il potere costituente: saggio sulle alternative del moderno* und verhandelt das Konzept der konstituierenden Macht unter anderem anhand von Niccolò Machiavelli, James Harrington, der (US-)Amerikanischen, der Französischen und der Russischen Revolution. Es ist bis heute nicht ins Deutsche übersetzt, nur einzelne Kapitel und Kurzfassungen sind in Sammelbänden erschienen.¹⁵ Negris Argument beleuchtet das Prinzip der konstituierenden Macht als zutiefst verbunden mit Demokratie, mit zentralen Elementen des Widerstands und des Begehrens, völlig frei von „vertikalen und totalitären Dimensionen“.¹⁶ Schon 1992 beschreibt Negri die konstituierende Macht als Vermögen der Vielheit, als „unausweichlichen Horizont, massive Präsenz, Multitude“.¹⁷

15 Antonio Negri, „Repubblica Costituente. Umriss einer konstituierenden Macht“, in: Antonio Negri, Maurizio Lazzarato, Paolo Virno, *Umberschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*, hrsg. und übers. von Thomas Atzert, Berlin: ID Verlag 1998, S. 67-82; Antonio Negri, „Konstituierende Macht“, übers. von Thomas Atzert, in: Marianne Pieper, Thomas Atzert, Serhat Karakayalı und Vassilis Tsianos (Hg.), *Biopolitik – in der Debatte*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2011, S. 29–62. In englischer Sprache ist *Il potere costituente* unter dem Titel *Insurgencies. Constituent Power and the Modern State* erschienen (übers. von Maurizio Boscagli, Minneapolis und London: University of Minnesota Press 1999).

16 Negri, *Insurgencies*, S. 23.

17 Ebd., S. 321.

In ihrem aktuellen europäischen Kontext ist die Bedeutung der Begriffskompositionen um die Begriffe „Konstitution“ und „konstituierend“ äußerst schillernd. Wir wollen im Folgenden vier Dimensionen unterscheiden, in denen konstituierende Macht sich zunehmend von allen bekannten Formen konstituierter Macht absetzt, auch um Institutionen in neuer Weise denken zu können.

1. In ihrer nächstliegenden und zugleich engsten Bedeutung verweisen die Begriffe um die Konstitution auf die Verfassung als Grundgesetz. Diese Verfassung in Gesetzesform wird zwar im alltäglichen Sprachgebrauch mehr oder weniger unhinterfragt als eine immerwährend konstituierte Macht verstanden, doch entstanden die ersten Verfassungen in diesem Sinn erst am Ende des 18. Jahrhunderts, und zwar vor allem in revolutionärem Kontext.

Auf europäischer Ebene steht eine Verfassung noch immer aus. Zwischen 2001 und 2004 wurde durch einen Konvent aus Regierungschefs und Vertreter_innen von EU-Institutionen in einem schmalen Diskussionsprozess mit pseudo-partizipatorischen Anteilen ein Verfassungsvertrag erarbeitet. Dieser sollte 2005 als Geste der breiten Zustimmung zu einem institutionell entwickelten Papier durch die europäischen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Doch Referenden in Frankreich und den Niederlanden lehnten den Vertrag ab und stoppten damit den Ratifizierungsprozess. Drei Jahre später wurde mit nur wenigen Änderungen ein „Reformvertrag“ vorgelegt, von dem angenommen wurde, dass er nun in allen Ländern einfach durchgewunken würde. Aber diesmal nahmen die Abstimmenden in Irland ihre Rolle ernst und votierten als einzige in einem Referendum

gegen den neuen Vertrag. Man kann sagen, die Iren konstituierten sich dadurch als Minderheit in der EU.¹⁸ Schon gegenüber dieser ablehnenden Entscheidung entstand in der europäischen Presse und unter den damaligen Regierungsverantwortlichen eine außerordentliche neokoloniale Diffamierungswelle. Die Iren seien, wie die „Dritte Welt“, nicht reif für die Demokratie, sie seien nicht in der Lage, die richtigen und vernünftigen Entscheidungen zu treffen, stattdessen legten sie ein irrationales und destruktives Verhalten an den Tag. Es fehle jede Dankbarkeit gegenüber den finanziellen Hilfen der Europäischen Union, die sie eigentlich dazu verpflichteten, mit Ja zu stimmen. Unanständig sei das, und man könne sich „auf die Iren nicht verlassen“, so der damalige französische Außenminister Bernard Kouchner. Oder Daniel Cohn-Bendit in *Le Monde*: „Die Iren haben von Europa alles bekommen und sind sich dessen nicht bewusst.“ Das irische Referendum wurde schließlich nicht akzeptiert und Irland zu einer erneuten Abstimmung gedrängt, die dann im Sinne der disziplinierten und disziplinierenden europäischen Mehrheit ausfiel. Der „Reformvertrag“ trat Ende 2009 statt einer Verfassung in Kraft und ist bekannt als „Vertrag von Lissabon“.

Bei den wiederholten Ablehnungen der Referenden ging es nicht unbedingt darum, die Inhalte der Verfassung einer weiteren kritischen Revision zu unterziehen, einzelne Aspekte zu ändern, den Text insgesamt schlanker, verständlicher und damit akzeptabler zu machen. Die Referenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland sind mehr als Indizien für eine Notwendigkeit,

18 Siehe hierzu und zu den folgenden Zitaten Kristin Ross, „Demokratie zu verkaufen“, in: Giorgio Agamben u.a., *Demokratie? Eine Debatte*, Berlin: Suhrkamp 2012, S. 96-115, insbes. S. 96-103.

aufgeklärt die Inhalte der Verfassung zu diskutieren, sie fürs erste zurückzuweisen und dann mit einem verbesserten Inhalt zu ratifizieren. Das Nein ist weniger als Protest gegen einzelne inhaltliche Punkte zu verstehen, es ist vielmehr ein Bruch, Auflehnung dagegen, die europäische Verfassung einfach durch formale Referenden zu ratifizieren, ein Bruch, der sich gegen ein derartiges Verfasst-Werden wendet, vielleicht aber auch darüber hinaus: ein Bruch als Ereignis des Widerstandes gegen die Form des Regiertwerdens in Europa überhaupt.¹⁹

2. Im Unterschied zur Vorstellung der Konstitution als einer von oben institutionell durchzusetzenden und endgültig konstituierten Macht entsteht aus dem Problem des Modus und der Begründungsweise der Verfassung der zweite Begriff von Konstitution. Er steht vor allem als Akt der Konstituierung einer verfassungsgebenden Versammlung historisch *vor* jeder Verfassung im ersten Sinn.

Die Begriffe der konstituierenden und der konstituierten Macht wurden von Emmanuel Joseph Sieyès eingeführt, dem Protagonisten der französischen Verfassung von 1791. In seinem Text „Was ist der Dritte Stand?“, dessen Veröffentlichung im Januar 1789 die revolutionäre Stimmung anheizte und die französische Nationalversammlung darin bestärkte, mit dem Ancien Régime zu brechen und den Übergang zur Republik zu proklamie-

19 In der Zeit des Ratifizierungsprozesses hat Negri diese Einschätzung der Referenden allerdings nicht geteilt. Vor dem französischen Referendum veröffentlichte er in *Libération* einen flammenden Appell für die pragmatische Position eines uneingeschränkten Ja zur EU-Verfassung als Gegengewicht zu den USA. Er machte allerdings auch deutlich, dass Gleichheit nicht durch eine Verfassung hergestellt werden kann (vgl. Christian Losson, Vittorio de Filippis, „Oui, por faire disparaître cette merde d’Etat-nation“. Interview mit Antonio Negri, *Libération* vom 13. Mai 2005).

ren, unterscheidet Sieyès zwischen dem *pouvoir constitué* und dem *pouvoir constituant*. Bei Sieyès entspricht konstituierte Macht der Verfassung als Grundgesetz und konstituierende Macht der verfassungsgebenden Versammlung. Um also von einer Verfassung als konstituierter Macht überhaupt sprechen zu können, braucht es zuvor den Prozess der Schaffung des Verfassungstextes durch das, was bei Sieyès *pouvoir constituant* genannt wird. Der konstituierende Eid des Ballhauschwurs, auf den Negri und Sánchez Cedillo in ihren Überlegungen zu einem heute notwendigen europäischen Föderalismus in diesem Band zurückkommen, bedeutete in der Französischen Revolution die gründende Verbündung des Dritten Standes gegen eine unreformierbare, unerträglich gewordene Herrschaft des Ancien Régime.

Jenseits der historischen Besonderheit der Französischen Revolution liegt der problematische Aspekt der konstituierenden Macht als verfassungsgebender Versammlung in der Entscheidung, wie es überhaupt zu dieser Versammlung kommt, also vor allem in der Frage der Legitimierung dieser Versammlung. Wer ist die Instanz, die die Versammlung einberuft, und wer wird dazu einberufen? Wie kann die Inklusion der Ausgeschlossenen trotz aller Asymmetrien als sozialer Austausch vor sich gehen, und wie kann sie als radikale Inklusion die tendenziell unendliche Vielheit umfassen?

3. Zusätzlich zu den Komponenten des Verfassungstextes und der verfassungsgebenden Versammlung unterstreicht Antonio Negri einen dritten Aspekt der konstituierenden Macht: jenen der stetigen Weiterentwicklung der Verfassung. Dies betrifft die Forderung nach einer Konstituierung in Permanenz, die zunächst davon ausgeht, dass eine Verfassung in gewissen Abstän-

den geändert, an die Veränderung der Verhältnisse angepasst werden kann und muss.

„Einer jeden Generation ihre Konstitution“, meinte Jean Antoine Condorcet noch vor der Festlegung des diesbezüglichen Prinzips in der revolutionären französischen Verfassung von 1793, eine Generation dürfe nicht künftige Generationen ihren Gesetzen unterwerfen. Negri nimmt diese Forderung wörtlich und geht damit weit über die einstige Bedeutung des *pouvoir constituant* hinaus. Er setzt voraus, dass konstituierende Macht nicht nur nicht aus konstituierter Macht entstehen könne, sondern dass konstituierende Macht auch keineswegs konstituierte Macht instituiere.²⁰ Eher besteht umgekehrt die Gefahr der Kooptierung der konstituierenden Macht durch die konstituierte: „[...] sobald der Moment der Verfassungsgebung vorbei ist, [wird] die konstitutionelle Fixierung in einer Gesellschaft, die auf der Entfaltung der Ökonomie ebenso wie auf der Entwicklung der Freiheiten beruht, zum reaktionären Faktum“.²¹ Auch wenn es eine permanente Konstituierung im Sinne von Condorcet, also eine andauernde Anpassung gäbe: Das grundsätzliche Problem der Repräsentation bleibt erhalten, jenes der Arbeitsteilung zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten, wie sie Negri und Sánchez Cedillo auch in Bezug auf die aktuellen spanischen Entwicklungen problematisieren.

Das aktuellste und interessanteste Beispiel dieser Problematik sind die verfassungsgebenden Prozesse in Lateinamerika, zunächst 1999 jener in Venezuela, der als „Bolivarianischer Prozess“ bekannt geworden ist. Als

²⁰ Vgl. Negri, *Insurgencias*, S. 20f.

²¹ Negri, „Repubblica Costituente“, S. 67f.

Hugo Chávez 1998 die Präsidentschaftswahlen von Venezuela gewann und im Februar 1999 sein Amt antrat, setzte er Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung an, die im Laufe des Jahres in einem ausgedehnten Verfahren der Mitsprache der Bevölkerung die neue „Bolivarianische Verfassung“ entwickelte. Wenn Partizipation und Aktivierung der Bevölkerung auch an keinem Ort des maschinischen Kapitalismus die Kräfte der maschinischen Indienstnahme abschütteln können, war es genau diese Form der breiten Beteiligung, die zu den gewohnten Formen der Repräsentation in Gegensatz trat, etwa zur auktorialen Einsetzung eines beschränkten Gremiums, das die Bevölkerungsgruppen vertreten soll und im Alleingang den Verfassungstext entwirft. Die Inhalte der neuen Verfassung wurden nicht nur breit diskutiert, sondern gingen in einigen Punkten in ihrem emanzipatorischen Potenzial über herkömmliche Verfassungstexte weit hinaus, etwa in den Bereichen der Frauen-, Indigenen- und Umweltrechte.²² Weitere Beispiele verfassungsgebender Prozesse folgten in Ecuador, wo von November 2007 bis Juli 2008 eine Constituyente tagte, deren Vorschlag im September 2008 mit fast 64 Prozent der Stimmen angenommen wurde, sowie in Bolivien, wo Evo Morales 2005 als erster Indigener zum Präsidenten gewählt und 2009 in einem verfassungsgebenden Prozess eine Verfassung mit weitreichender Berücksichtigung von Indigenen-Rechten eingesetzt wurde.

Dennoch ist es nicht völlig kohärent, wenn in diesem Zusammenhang auch des öfteren Negris Konzept

²² Vgl. zu Venezuela Dario Azzelinis Arbeiten, die unter anderem Negris Begriff der konstituierenden Macht weiterentwickeln und auf den Bolivarianischen Prozess in Venezuela anwenden (<http://www.azzellini.net/>).

der konstituierenden Macht zitiert wird.²³ So radikal und tendenziell auf eine Überwindung der repräsentativen Demokratie diese Prozesse ausgerichtet waren und sind, so sehr sie ökologische, feministische und indigene Rechte stärken, die Verfassungen entsprechen weder als Prozess noch als Produkt dem Begriff der konstituierenden Macht in seiner weitesten Form, wie sie Negri entwickelt. Eher noch steht z.B. die bolivarianische Verfassung für eine konsequente Radikalisierung der konstitutionellen Überlegungen zwischen Sieyès und Jefferson am Ende des 18. Jahrhunderts. Die vervielfältigte Printversion der bolivarianischen Verfassung, die als Büchlein exzessiv distribuiert und verkauft wurde und den Status eines Kultobjekts erwarb, ist insofern Zeuge der Inkommensurabilität der Ideen von staatlicher Verfassung und konstituierender Macht.

4. Um also konstituierende Macht in ihrer vollen Ausdehnung begreifen zu können, müssen wir auch ihre vierte Dimension einbeziehen, die Nachbarschaftszonen der Begriffe des konstituierenden Prozesses, der konstituierenden Praxis, der konstituierenden Initiative.

Antonio Negri geht konsequenterweise der Frage nach, wie eine konstituierende Macht vorzustellen wäre, die nicht von sich selbst getrennte Verfassungen hervorbringt, sondern sich vielmehr *selbst verfasst*.²⁴ Hier führt der Gedanke der konstituierenden Macht zur notwendigen Problematisierung jeder Form von Konstitution/

²³ Hugo Chávez selbst bezog sich auf die französischen Theoretiker des *pouvoir constituant* wie auch explizit auf Negris Begriff der konstituierenden Macht (vgl. Marta Harnecker, *Hugo Chávez Frías. Un hombre, un pueblo*. Interview, San Sebastian, November 2002, S. 22, Absatz 72).

²⁴ Vgl. vor allem Negri, *Insurgencias*.

Verfassung: Die *repubblica costituente* ist eine „Republik, die vor dem Staat entspringt, die außerhalb des Staats entsteht. Es ist das Paradox der konstituierenden Republik, dass der Prozess der Konstitution niemals abgeschlossen sein wird und dass die Revolution nicht endet.“²⁵ Konstituierende Macht in dieser avanciertesten Ausformung heißt, jenseits von traditionell verstandener konstituierter Macht, außerhalb von etablierten Staatsapparaten Möglichkeiten und Abläufe einzurichten, mit Organisationsmodellen, kollektiven Formen und Subjektivierungsweisen zu experimentieren, die sich der Reteritorialisierung und Strukturalisierung – zumindest auf Zeit – widersetzen. Diese konstituierende Macht bricht nicht mit jeder vorstellbaren Form von konstituierter Macht, sondern entfaltet neue Verhältnisse und andere Weisen der Instituierung. Sie widersetzt sich der Abtrennung eines Bereichs des Juridisch-Politischen und insistiert auf dessen Untrennbarkeit von Fragen der sozialen Re/Produktion. Genau das geschah und geschieht in den mikropolitischen Praxen für andere Formen der Bildung, der Wohnpolitik, der Care-Praxen, den Platzbesetzungen und den Bewegungen des *municipalismo* der letzten Jahre in Spanien. Sie haben ihre genealogischen Linien zu früheren Erfahrungen, wie etwa der Universidad Nómada oder der Fundación de los Comunes, Projekte, an denen auch Raúl Sánchez Cedillo beteiligt war und ist, zu den Bewegungen der Prekären seit den frühen 2000er Jahren, oder im Wohnbereich zur Bewegung *v de vivienda*. Wenn auch konstituierende Macht vor dem Staat entspringt, so entstehen ihre Instituierungen und instituierenden Praxen nicht an einem bestimmten Ursprung, sondern als

²⁵ Negri, „Repubblica Costituente“, S. 80.

Mannigfaltigkeit, die sich zur konstituierenden Macht verdichtet und die dadurch erstarkt.

Negris Deutung der konstituierenden Macht betrifft keinen einmaligen Akt, weder einen der Verfassungsgebung noch einen von Revolution als großem, hereinbrechendem Ereignis, verbunden mit der Übernahme der Herrschaft. Die konstituierende Macht ist nicht als Volkssouveränität und nicht in erster Linie als Recht setzend zu verstehen, sie ist kein Prozess, der den Rechtstext einer souveränen Nation zum Produkt hat, sondern ein un abgeschlossener Prozess der Vielen.²⁶ In einem solchen Prozess der Invention ist es nicht möglich, die radikale Heterogenität der Multitude in der Identität eines nationalen „Volkes“ einzuhegen. In diesem Sinne ist auch Negris und Sánchez Cedillos Ausdruck „das Volk‘ der 15M-Bewegung“ zu verstehen. Wir haben „das Volk“ durch Anführungsstriche markiert, weil hier nicht von einem einheitlich-identitären Volksbegriff die Rede ist, sondern von einer – wie die beiden Autoren es formulieren – „sozialen Multitude“. Die konstituierende Macht basiert auf der Stärke der Vielen. Wenn aber die Potenzialität und Kraft der Multitude auf eine Einheit reduziert wird, geht verloren, „dass die Stärke nicht nur auf der großen Zahl beruht, sondern eine der ‚Vielen‘, der Singularitäten und Differenzen ist.“²⁷ Diese Vorstellung von miteinander verbundenen, und doch unterschiedenen Singularitäten ist es auch, die Negri und Sánchez Cedillo auf europäischer Ebene als Föderalismus weiterdenken, der auf einer neuen Sozialpolitik basiert – gegen die aktuell wiederbelebte „nationalistische Blindheit“ .

²⁶ Vgl. Negri, *Insurgencias*, S. 29–32.

²⁷ Negri, „Konstituierende Macht“, S. 34.

Transversale Vektoren, molekulare Ermächtigung, europäische Verkettung

Im neuen Vorwort zur spanischen Übersetzung von *Il potere costituente* schreibt Antonio Negri der konstituierenden Macht in ihrer weitesten Ausformung drei Dimensionen zu: Konstituierende Macht als Kontinuität, als Motor einer fortschreitenden Aktion der Transformation. Konstituierende Macht als Bruch mit der „Autonomie des Politischen“ und als Initiative der intensiven Vermischung des Politischen und des Sozialen. Konstituierende Macht als Förderung und Konstitutionalisierung eines weiten Pluralismus.²⁸

Konstituierende Macht ist also nicht nur als Kontinuität und Persistenz zu verstehen, sie durchbricht auch Vorstellungen einer Autonomie des Politischen und setzt dagegen ein Verständnis des Sozialen, „das im Politischen das Verständnis seiner selbst und den Schlüssel seiner Ausdrucksformen findet“²⁹. In diesem Sinne betonen Negri und Sánchez Cedillo, dass es nicht einfach darum gehen kann, die Macht „oben“ zu übernehmen und zu regieren. Denn das hieße, in naiver Weise der Logik der Autonomie eines Politischen zu vertrauen, das sich vom Sozialen separiert. Ein konstituierender Prozess muss dagegen mehr sein. Er muss breit verankert sein, in einem Begehren „von unten“, aus den Bewegungen heraus. Deshalb ist die Transformation der kommunalen politischen Ebene, die Negri und Sánchez Cedillo kurz vor den spanischen Kommunalwahlen in den Vor-

²⁸ Antonio Negri, *El poder constituyente*, übers. von Simona Frambotta und Raúl Sánchez Cedillo, Madrid: Traficantes de Sueños 2015, S. 17.

²⁹ Negri, „Konstituierende Macht“, S. 38.

dergrund rücken, so wichtig. Auf kommunaler Ebene sind Experimente und Inventionen jenseits traditioneller Formen der politischen Repräsentation möglich, jenseits klassischer Parteiformen, so wie bei den Bündnissen „Barcelona en comú“ oder „Ahora Madrid“³⁰. Beide haben die Kommunalwahlen gewonnen und können die beiden größten Städte Spaniens regieren. Im Spannungsfeld zwischen der Partei Podemos und den bewegungsnahen Plattformen „Guanyem“ und „Ganemos“ können diese Bündnisse die Möglichkeiten und Grenzen dessen ausloten, was es auf kommunaler Ebene bedeutet, ausgehend von radikaler Inklusion und horizontalen Entscheidungsstrukturen das, was gemeinsam ist, in neuen demokratischen Formen zu aktualisieren und neu zu erfinden.

Wenn Negri und Sánchez Cedillo von einer Vertikalisierung der Horizontalität sprechen, dann ist das unserer Meinung nach nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Es geht nicht um die Opposition von ineffizienter Horizontalität und effizient-hierarchischer Vertikalität. Horizontal und vertikal sind nicht zwei im rechten Winkel zueinander stehende Achsen, die nur einen einzigen Kreuzungspunkt haben und bei denen man sich für eine Richtung entscheiden muss. Im Gegenteil: Es geht nicht um Achsen, sondern um transversale Vektoren, die in einem konstituierenden Prozess permanent entstehen, in einem Prozess, der von molekularen sozia-

30 „Ahora Madrid“ („Jetzt Madrid“) ist ein Zusammenschluss aus der kommunalen Bewegungsplattform Ganemos (kastilianisch für „Wir gewinnen“), der Partei Podemos und anderen sozialen wie politischen Organisationen, „Barcelona en comú“ („Barcelona gemeinsam“) ein Bündnis u.a. von Podemos und der Bewegungsplattform Guanyem (katalanisch für „Wir gewinnen“).

len Bewegungen ausgeht, und in dem diese nicht an die zweite Stelle hinter die Partei treten.

Das Vertikale ist also nicht als senkrechte Achse der Regierung zu verstehen, oder gar als Übernahme des Staatsapparates ohne dessen Transformation, sondern im Wortsinn des lateinischen *vertere* als jene „wendende“ Dynamik, die die Horizontalität der molekularen Praxis zur Neuerfindung der Regierungsform bringt. Eine andere Form der Regierung ist weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene eine top-down-Frage, sondern sie entsteht in und aus den Subjektivierungen, in und aus den molekularen Poren des Alltags und ermöglicht neue Sozialitäten des Gemeinsamen, für die beständig Formen des politischen Agierens und der Verkettung gefunden werden müssen. Dabei vollziehen sich in allen transversalen Dynamiken Instituierungsprozesse, allerdings nicht in der dichotomen Trennung von Horizontalität und Vertikalisierung.

Die Macht in „konstituierender Macht“ ist keine Herrschaft. Es geht nicht darum, die Macht oder bestehende Institutionen zu übernehmen, als wäre Macht etwas, das vornehmlich oder gar ausschließlich in Institutionen gelagert ist. Machtverhältnisse sind überall, sie sind soziale Verhältnisse, Alltagskräfteverhältnisse, in denen Subjektivierungen und Gemeinsames entstehen. Wenn Machtverhältnisse „von unten“ verändert werden, in den Weisen, wie wir alltäglich zusammenleben, aufeinander bezogen sind, lassen sie sich in neuer Weise auch auf der politischen Organisations- und Verwaltungsebene verdichten und verstetigen. Weil wir Machtverhältnisse in jedem Moment dermaßen (re-)produzieren, muss das Erfinden neuer Formen der Regierung von hier ausgehen, um neue Institutionen zu erfinden, die

die bestehenden ersetzen und transformieren können. „Podemos“ kann also nicht einfach heißen, in Wahlen die Mehrheit erringen und „die Macht“ übernehmen zu können, sondern die lokalen Machtverhältnisse, in denen wir subjektiviert werden, grundlegend umzuwenden. Es geht weniger um einen molaren *Poder*, denn um einen molekularen *poder*.

Für eine solche molekulare Ermächtigung in Europa reicht es nicht aus, den politisch strategischen Fokus allein auf die (möglichst) regierende Partei zu richten. Auch die zunehmende Orientierung auf einen linken Populismus, die sich vornehmlich in Spanien ausbreitet,³¹ scheint uns hinter das Anliegen von Negri und Sánchez Cedillo zurückzufallen. Eine solche populistische Rhetorik kommt nicht umhin, sich erneut auf ein nationales Volk zu beziehen, nicht notwendigerweise auf ein als identitär imaginiertes, wie es von rechtspopulistischer und reaktionärer Seite der Fall ist, aber auf ein Volk, das durch seine Ängste und Befürchtungen Stichwortgeberin für sogenannte Rahmungen wird, aus denen eine Partei wie Podemos ihr Programm gestalten will.

Es reicht nicht, die Stimmen des heterogenen „Volkes“ einfach kanalisieren zu wollen, anstatt im Laufe des konstituierenden Prozesses Programme auszuarbeiten. Wenn das Gemeinsame zugunsten der Zustimmung vor dem privaten Fernsehgerät oder den Likes in Social

31 Vgl. Íñigo Errejón, der zur Führungsspitze von Podemos gehört: Íñigo Errejón, „Ernesto Laclau, theorist of hegemony“, <http://www.versobooks.com/blogs/1578-ernesto-laclau-theorist-of-hegemony>. Siehe auch Chantal Mouffe, „Für einen linken Populismus“, *IPG-Journal*, 30. März 2015 (<http://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/fuer-einen-linken-populismus-857/>).

Media in den Hintergrund gerät³², geht der Bezug zu breiten Bewegungen verloren. Aber genau die Mannigfaltigkeit, die in Spanien etwa zwischen den verschiedenen Ebenen des Molekularen, zwischen den mikropolitischen Praxen, 15M, der PAH, Ganemos und Podemos entsteht, ist das Zwischen des konstituierenden Prozesses.

Anstelle einer zunehmend sich selbst entleerenden Politik des „leeren Signifikanten“³³ gilt es, feministische und queere Positionierungen ebenso klar zu formulieren wie eine antirassistische Haltung, vor allem angesichts der erneuten, unglaublichen Verschärfung von hegemonialer Männlichkeit und der „Festung Europa“ in den letzten Monaten und Jahren. Nur wenn Europa seine koloniale Genealogie im Auge behält, bereit, in der Situiertheit der lokalen Kämpfe und zugleich über sich hinaus zu denken, wird der konstituierende Wind, der aus dem Süden weht, sich weiter ausbreiten können.

Die Prozesse der konstituierenden Macht der heterogenen Vielen, die 2011 die Plätze besetzten, haben sich in entscheidenden Aspekten nicht-identitär und nicht-repräsentationistisch organisiert, und sie ziehen ihre fortlaufende Kraft immer wieder aus den Beziehungen zwischen den Singularitäten auf allen möglichen Ebenen, von der kontinuierlichen Versammlung im Barrio

32 Vgl. das Interview mit dem Sprecher von Podemos, Eduardo Maura, „¿Más allá de la izquierda y la derecha? (Beyond left and right?)“. Ein Interview von Lucy Parker, David Mountain und Nikos Manousakis, *The Platypus Review*, Nr. 72, Dezember 2014/Januar 2015 (<http://platypus1917.org/2014/12/01/mas-alla-de-la-izquierda-y-la-derecha/>).

33 Im Sinne der hegemonietheoretischen Begrifflichkeit von Ernesto Laclau, die vor allem von führenden Podemos-Akteuren gerne aufgegriffen wird.

bis zum Experiment mit neuen partei-förmigen Institutionen. Ein europäischer Föderalismus, zu dem Negri und Sánchez Cedillo eine Debatte anstoßen wollen, ist auch in diesem Sinn von den Bewegungen inspiriert: Ausgangspunkt für einen konstituierenden Prozess eines anderen Europas „von unten“.

Mai 2015

Antonio Negri und Raúl Sánchez Cedillo

**FÜR EINEN KONSTITUIERENDEN PROZESS
IN EUROPA**

**Demokratische Radikalität
und die Regierung der Multituden**

1 HEUTE IST DIE DEMOKRATIE EINE WILDE UND KONSTITUIERENDE DEMOKRATIE

Die Genoss_innen, die Podemos ins Leben gerufen haben, sagen: Es ist uns gelungen, in positiver Weise der einengenden Horizontalität der Bewegung zu entkommen, die so reich ist und zugleich oft auch so fruchtlos. Es ist uns gelungen, und zwar mit einer politischen Geste der Selbstkonstituierung, der Organisation und der Repräsentation. Wir waren klug genug zu begreifen, dass der Raum zwischen den Kommunalwahlen und den Parlamentswahlen, zwischen Mai und Ende des Jahres 2015, die einzige Möglichkeit ist, „das Vorhängeschloss von ‚78“¹ aufzubrechen: In der Zeit der Wahlen ist der Gegner gezwungen, sich über das ganze Territorium auszudehnen. Die verfassungsmäßigen Garantien der Freiheit funktionieren besser als unter anderen Bedingungen, sie werden zu möglichen Zonen des Bruchs mit dem gegenwärtigen Regime, das zutiefst diskreditiert und gespalten ist. Die kapitalistische Front wird aber vielleicht, nachdem sie unserem Widerstand mit aller Härte entgegengetreten sein, ihn vielleicht sogar vernichtet haben wird, Ende 2015 in der Lage sein, ihre Offensive neu aufzustellen und sich neu zu organisieren.

¹ Mit „Vorhängeschloss“ ist die seit 1978 andauernde Blockadepolitik der etablierten Parteien in Spanien gemeint, die jede progressive Verfassungsreform verhindert. Der Ausdruck zirkulierte schon länger, wurde aber von Pablo Iglesias in seiner ersten Rede als Generalsekretär von Podemos aufgegriffen und popularisiert. https://www.youtube.com/watch?v=_aCG6sSzypQ (Anm.d.Übers.)

Die historische Chance wird dann für lange, für zu lange Zeit vorüber sein.

Das alles räumen wir ein. Die Genoss_innen von Podemos sind die einzigen in Europa, die ernsthaft diesen Schritt gewagt haben: Sie waren es, die, ausgehend von einer Bewegung von unerhörter Kraft und Neuartigkeit, eine vertikale Achse aufgebaut haben; sie waren es, die ohne Demagogie und Ausflüchte einen Weg aus dem „Basisdemokratismus“ beschritten haben, der am Ende angesichts der zeitlichen Erfordernisse und in der Beschaulichkeit seiner Horizontalität zur Erschöpfung neigte. Nur Baron Münchhausen fabulierte, dass er es allein schaffen würde, sich am Zopf aus dem Schlamm zu ziehen und zu fliegen ... Podemos ist es gelungen.

Um weiter zu gewinnen, ist es aber nicht nur notwendig, über den Gegner nachzudenken – wie man ihn schlägt, ihn desartikuliert, ihn jede politische und konstitutionelle Bedeutung verlieren lässt. Es muss klar sein, dass man das, was man hierfür tut, im selben mehrheitlichen und radikal demokratischen Maßstab tut, aus dem es geboren wurde. In diesem Prozess dürfen keine Engpässe erzeugt werden, weder räumliche noch zeitliche. Nur ein Beispiel: Die italienische Kommunistische Partei, auf die sich die Theoretiker_innen von Podemos so bereitwillig beziehen, verlor als neuer Samson alle Kraft: die Haare wurden ihr abgeschnitten, und sie wurde vom Feind gefangen genommen, als sie diesen Leitsatz vergaß. Der Engpass nannte sich damals „Autonomie des Politischen“.

Leicht wird dieser Engpass zur Schlinge, die sich um jeden schließt, der nur den Finger hineinsteckt – und manchmal auch den Hals. Die vor mehr als einem Jahrhundert ausgearbeitete politikwissenschaftliche Kritik der

politischen Partei ist in dieser Hinsicht mehr als deutlich: nicht nur in Bezug auf die Grenzen der Bürokratisierung der Partei-Struktur (auf der diese Theoretiker bestanden, die als Männer der Rechten die gerade entstehende Kraft der Arbeiter_innenparteien denunzierten), sondern vor allem in Bezug auf die Merkmale des Befehls, der Leitung, des Führerkults, des „Charismatischen“, all dessen, was die „Autonomie des Politischen“ ausmacht. Dies war in der Tendenz eine richtige Analyse und damit auch eine Bedrohung (eine unter Tausenden, aber eine besonders treffende), die im Kampf jener Politikwissenschaftler gegen die Parteien des Proletariats gewandt wurde.

Bis hierher bewegen wir uns innerhalb der Grenzen, die wir als „räumliche“ bezeichnet haben. Daneben gibt es auch „zeitliche“ Grenzen, die mit der „Autonomie des Politischen“ verbunden sind. Wir gehören sicherlich nicht zu denen, die die Möglichkeit bestreiten, Wahlzeiten oder soziale Verfallsdaten der Krise auszunutzen, und auch nicht zu jenen, die die Notwendigkeit bestreiten, den wunden Punkt der Befehlskette zu treffen, vor allem zu genau jenem Zeitpunkt, an dem die Kräfte des sozialen Protests der Bürger_innen am stärksten sind. Aber Achtung: Es ist nicht einfach, die Regierung auszuüben. Es kann nicht nur darum gehen, es einfach zu tun. Dies gilt umso mehr in den derzeitigen Governance-Regimen, in denen das kontinuierliche Handeln nicht nur in einem langjährigen Zyklus gehalten werden muss, sondern aus einer Abfolge von pünktlich einzuhaltenden Terminen besteht. Der Gegner (Rechtsnationale und/oder „PPSOE“²,

² Eine Mischung der Akronyme des sozialistischen PSOE und des konservativen Partido Popular, ironische Erfindung der 15M-Bewegung, vor allem seit sich beide Parteien der Sparpolitik und den Regeln der Troika untergeordnet haben (Anm.d.Übers.).

nationalistische Projekte der katalanischen Hauptstadt, europäische und globale Troikas, etc.) besitzt die Fähigkeit, den Gegenangriff unendlich zu zerstückeln. In dieser zeitlichen Dimension und angesichts dieses Gegners ist es für das Handeln einer zukünftigen Regierung von Podemos wesentlich, „innerhalb der Bewegungen zu sein“. Die bolivianischen Genoss_innen haben es gut verstanden, für eine lange Zeit Regierung und konstituierende Versammlung zusammen zu leben. Es war ein Durcheinander – aber was für ein starkes und lebendiges Durcheinander!

Das Problem der Regierung „in der Zeit“ ist nicht nur ihre Effizienz, sondern vor allem die Unumkehrbarkeit ihrer Errungenschaften. Wer mit der „Autonomie des Politischen“ flirtet, endet damit, die Entwicklung der Demokratie an der Basis als zweitrangig zu denken. Manchmal sind Kommandoformen sogar nur unter der Bürde einer ausschließlich auf Charisma beruhenden Effizienz vorstellbar – manchmal ist diese Vorstellung auch tragischerweise das, was in die Tat umgesetzt wird. Aber nicht in unserem Fall: Wir wirken gerade darauf hin, endgültig aus den Weberschen Dilemmata des bürgerlichen Kommandos auszusteigen, die bisher nur autoritäre Lösungen für jene sozialen Konflikte legitimiert haben, denen die Kämpfe auf die Höhe des Politischen verholpen hatten.

Aber kehren wir zurück zum zentralen Problem: von der Horizontalität zur Vertikalität, von der Agitation und vom Widerstand der Bewegung zur Regierung. Podemos fordert von allen Genoss_innen, von dieser Ebene der Regierung aus zu denken. Aber ist damit die Ebene der Zentralregierung gemeint? Mag sein. Die Ebene der Regierung der Großstädte? Das ist noch eher

möglich. Aber kann es nicht gerade nur dann, wenn man das Handeln aller Bürger_innen auf eine starke Erneuerung der Regierung der Städte lenkt, ein nahes, greifbares Beispiel eines wirksamen konstituierenden Projekts geben? Für uns scheint das der Fall zu sein – weil die Stadt und das Gemeinsame, das städtische Leben und seine Formen der Begegnung kompakte Figuren der Verwaltung und der konstituierenden Initiative bilden können. Die *acampadas* in den Metropolen, in den Städten und auch in den kleinen Dörfern sind Formen der konstituierenden Begegnung gewesen, die zeigen, wie die metropolitanen Lebensweisen – allgemein formuliert – jetzt schon politische und produktive Formen zeitigen. Im Zusammenspiel von Demokratie und (Re-)Produktion der Stadt haben wir die Möglichkeit, das Politische zu artikulieren, das heißt, den Willen, zu gewinnen, mit der Entscheidungsfähigkeit in einem breiten, pluralen und aktiven Netz der militanten Präsenz und der Produktion von Transformationsprogrammen zu verbinden. Hier, in der Mitte, liegt die Regierung. Und genau hier wird auch die Frage Foucaults greifbar, „wie wir regiert werden wollen“.

Vor allem von hier aus, von den Stadt- und Gemeindeverwaltungen aus, ergibt sich die Möglichkeit, die Regierung auf staatlicher Ebene aufzubauen, Stein auf Stein zu setzen. In einem biopolitischen Regime (in dem Befehl, Leben, Produktion, Affekte und Kommunikation sich verflechten und vermischen wie in einem Labyrinth) sind Sprünge schwierig, wenn nicht unmöglich – auch in der alten Politik war es so, und wenn es Sprünge gab, manchmal auch heroische, war es zu oft notwendig, sich zurück zu bewegen und jenes zu schnell durchquerte Terrain mit künstlichen Institutionen zu bedecken.

Die Horizontalität zu vertikalisieren bedeutet nicht nur das Vermögen zur Grundsatzentscheidung, zur Regierung, zur Führung eines „Bewegungskriegs“, sondern auch und vor allem, sich zu einer breiteren Sicht von oben zu erheben. Und so wird deutlich, dass sich der Bewegungskrieg nicht lohnt, wenn die eroberten Positionen, die verteidigten Fronten nicht gehalten, konsolidiert und nach und nach weiterentwickelt werden. Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Macht der Bürger_innenorganisationen garantiert sind, sagte man vor nicht langer Zeit in Lateinamerika, solange die progressive Bewegung erfolgreich war, denn nur dann ist die Zentralregierung sicher vor plötzlichen oder organisierten Rückschlägen. Sicher vor wem? Wir antworten: nicht mehr nur vor jenem Gegner, den wir kennen, vor den reaktionären Kräften, denen wir gegenüberstehen, sondern vor einer viel stärkeren Hierarchie, die durch Europa hindurch aufwärts geht, bis zu den Regierungsspitzen des Finanzkapitals.

Die Erkenntnis, keine Angst zu haben und angesichts dieser Kräfte gewinnen zu können, ist nicht zu unterschätzen. Aber achtet darauf, nicht den Teufel herauszufordern, der aus der Tiefe der Auseinandersetzung noch zum Vorschein kommen kann. Unsere Stärke bleiben die *acampadas*, die Gemeindeverwaltungen, die *mareas*, die Bewegungen – mit anderen Worten all das, was die 15M-Bewegung³ möglich und praktikabel gemacht hat. Manchmal steht zu vermuten, dass für die Unterstützer_innen von Podemos die Dimension der Macht [*poder*] eine abgetrennte Dimension ist. Das ist falsch: Macht

3 Die 15M-Bewegung bündelte von 15. Mai 2011 an mit ihren Platzbesetzungen den Widerstand gegen die spanische Austeritätspolitik und erprobte dabei neue Formen der Organisierung (Anm.d.Übers.).

ist ein gesteigertes Vermögen zu handeln, sie ist eine Perspektive der Aktion zu und in den politischen Beziehungen, doch „die Macht“ [*Podar*] und „die Politik“ gibt es nicht. Sie ist nichts anderes als die vielfältigen und unterschiedlichen Abstufungen der Gegenmacht. Und dennoch pochen die Führer_innen von Podemos innerhalb und außerhalb der Organisation darauf: „Zuerst übernehmen wir die Macht, dann widmen wir uns dem Programm.“

Die „Autonomie des Politischen“ kann zu einer unheilvollen Theorie werden, wenn sie in der Überschätzung der Institution und der Effizienz des staatlichen Kommandos den materiellen Ursprung und die Legitimität des Fundaments des Politischen bestreitet. Die Repräsentation, die die Vertreter_innen von den Vertretenen trennt, dieser „allgemeine Wille“ (den man „Volk“ oder „Volkseinheit“ nennt), der für die Vertreter_innen einen mystischen und unanfechtbaren Grund erschafft, ist für die Bewegungen nicht von Interesse. Das Wichtigste ist, den Fluss der politischen Bewegung (wieder-)herzustellen, ein offenes System der Regierung von unten, das – durch die andauernde konstituierende Debatte und einen andauernden Ausbau dieser Debatte unter den Bürger_innen – Bewegung und Regierung zusammenhält. Es ist möglich, diese Brücke zu bauen, dieses Gemeinsame – wenn alle der Notwendigkeit zustimmen, die da heißt: „Mehrheit sein“⁴. Das ist die entscheidende Ermächtigung.

⁴ Im spezifisch spanischen Kontext versteht sich der Hinweis auf die „Mehrheit“ einerseits als ein Echo auf den occupy-Slogan von den 99% in der 15M-Bewegung, andererseits als Interesse an einer alternativen Form von Organisierung und (Selbst-)Institutionalisierung, wie es von den Neugründungen nicht nur von Podemos, sondern auch von Partido X, Guanyem, Ganemos, Barcelona en comú oder Ahora Madrid vertreten wird (Anm.d.Übers.).

2 DIE HOFFNUNG DES DEMOKRATISCHEN MONSTERS: ZWISCHEN SYRIZA UND PODEMOS

„Ein Gespenst geht um in Europa“. So titelte die italienische Zeitung *Il Manifesto* in einem Kommentar über die Besuche von Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis bei den europäischen Regierungen. Ein wahrer Alptraum für die deutschen Ordo-Liberalen, ein Geisterfahrer geradezu, ein Selbstmord-Fahrer, der sich gegen den europäischen Bus werfen will, wie das auf der Titelseite des *Spiegel* dargestellt wurde.¹ Stellen wir uns vor, was bei einem Sieg von Podemos in Spanien passieren wird: Was für ein enormes Gespenst wird sich dann herumtreiben, ein wahres und echtes Monster, gezeugt von den Ausgebeuteten und Produktivkräften der viertgrößten europäischen Wirtschaft! In wenigen Wochen beginnt der Wahlkampf in Spanien, und mit vielfacher Kraft wird sich das Ritornell der europäischen Regierungen wiederholen und die spanischen Bürger_innen in Furcht versetzen. Bereiten wir uns darauf vor. Sicherlich werden die schlechten Verheißungen der anmaßenden europäischen Propagandist_innen nicht eintreten. Aber bereiten wir uns unterdessen vor: Was kann Podemos zu Europa sagen?

Im Bewusstsein der zeitlichen und politischen Beschleunigung, die der Sieg von Syriza mit sich gebracht hat, ist der Europa-Diskurs von Podemos einerseits

¹ Vgl. *Der Spiegel* 6/2015 vom 31.1.2015 (Anm.d.Übers.).

durch aufrichtige Solidarität und Wertschätzung für den Sieg der demokratischen Griech_innen geprägt, auf der anderen Seite durch Vernunft – die Linie von Tsipras kann selbst in der kurzen Zeit, die uns von den spanischen Wahlen trennt, scheitern. Aber Vernunft ist nicht Zweideutigkeit. Wir alle wissen tatsächlich, dass nichts gefährlicher wäre als eine zweideutige Position, nicht nur in Bezug auf die nun zwischen Griechenland und Europa eröffnete Verhandlung, sondern vor allem im Hinblick auf die Politik, die das Europa der Troika bislang entwickelt hat. Jede Zweideutigkeit auf diesem Terrain muss aufgegeben werden, und das ist auch geschehen, wenn wir bedenken, was wir in den letzten Monaten erfahren haben: Es gibt zwei Europas, und man muss sich im einen oder im anderen positionieren. In Spanien lässt sich vernünftigerweise nur mit Blick auf eine schon von Syriza eröffnete Front gewinnen, die sich über Europa ausbreiten muss. Die Schuldenpolitik, die Probleme der Souveränität und die atlantische Frage können nur im europäischen Raum in Angriff genommen werden.

Es ist zu hoffen, dass den taktischen Vorschlägen und der Politik der wirtschafts- und finanzpolitischen Teams von Syriza viel Aufmerksamkeit zukommt. Unabhängig davon, wie diese Vorschläge beurteilt werden – sie unterstreichen die transnationale Zusammenarbeit und verzichten auf die anti-europäische Demagogie der „alten“ Linken, eine Demagogie, die bei Podemos ohnehin nie stark war. Der Einsatz von Syriza ist zwar in der Sprache der Verteidigung der nationalen Souveränität (gegen die Troika, gegen Merkel usw.) verfasst, in der Praxis bedeutet er aber offensichtlich die Akzeptanz einer politischen Intervention *innerhalb* der Europäischen Union und *gegen* ihre Ausrichtung. In diesem Sinne ist

die wichtigste Option heute eine Koalition zwischen den PIIGS-Staaten² und den Kräften einer neuen Linken, um den Status quo der Union zu kippen. Dies scheint auch für Podemos die einzige Möglichkeit zu sein, die Wahlen zu gewinnen.

Versuchen wir, die Sache genauer zu betrachten. Bislang hat die Konfrontation in Europa zwischen einem neobismarckianischen, neoliberalen und außerordentlich konservativen Europa einerseits und einem demokratischen, konstituierenden und für die Bedürfnisse der Arbeiter_innen aufmerksamen Europa andererseits stattgefunden, einem Europa der verarmten Mittelschichten und der prekären oder arbeitslosen Jugendlichen, der Frauen, Migrant_innen und Flüchtlinge, der alten und neuen Ausgeschlossenen. Dieses Europa bedeutet eine Alternative, denn seit der Krise von 2008 hat sich das bismarckianische Europa mit Gewalt durchgesetzt. Dem anderen Europa blieb nur ein marginaler Raum des Protests und manchmal sogar nur der verzweifelten Klage. Aber als die Lage für die Forderungen nach Gerechtigkeit und die Revolten gegen die Armut völlig aussichtslos zu werden schienen, hat sich, ausgehend von Griechenland, die Alternative gezeigt. Sie muss nun gerade in jenen Bereichen gestärkt und organisiert werden, in denen sich die reaktionäre Initiative behauptet hat.

Die primäre Frage, das primäre Problem ist das der Schulden. Das Europa der Troika will, dass die europäischen Multituden die Schulden zahlen, und macht diese Frage der Zahlungsfähigkeit zum einzigen Maßstab der

² *PIIGS* ist eine während der Eurokrise 2010 für die fünf Euro-Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien entstandene Abkürzung (Anm.d.Übers.).

Demokratie und des Grads der Europäisierung. Diejenigen aber, die sich tatsächlich in einer demokratischen Front bewegen, denken viel eher, dass dieses Maß infam ist, weil die Schulden, die heute den Bevölkerungen angelastet werden, von denen gemacht worden sind, die all diese Jahre regiert haben. Diese Schulden haben die herrschenden Klassen gemästet, nicht nur durch Korruption, Steuerhinterziehung oder -privilegien, wahn-sinnige Rüstungsausgaben, Industriepolitiken, von denen nicht die Arbeit profitierte, sondern indem diese der finanziellen Rendite unterworfen wurde und indem den Lebensweisen Prekarität und bedrückende Ungewissheit auferlegt wurden. Jeder Mann, jede Frau, jede_r Arbeiter_in musste sich der Schulden und Finanzabgaben schuldig bekennen, für die sie nicht verantwortlich waren. Es ist Zeit, es laut auszusprechen: Es waren nicht die Bürger_innen, sondern die Herrschenden, die Männer des neoliberalen Projekts, die Politiker_innen der „Mitte“ und die zunehmend extremistischen und ausschließenden „Großen Koalitionen“, die Schulden schufen, derer sie sich dann bemächtigten und deren ungeschuldete Rückzahlung sie nun verlangen. Vor dem Hintergrund dieser knechtenden Bedingungen für die Bevölkerungen (nicht nur von Süd-, sondern auch von Mittel- und insbesondere von Osteuropa) fordert die neue Linke mittels Syriza eine Befreiung: eine europäische Konferenz zum Thema Schulden, das heißt einen konstituierenden Ort für ein neues System der Solidarität, für neue Kriterien der steuerlichen Messung und Zusammenarbeit sowie der Arbeitspolitik. Podemos kann für dieses Projekt eine enorme Unterstützung bedeuten.

Wir alle wissen, dass sich hinter diesen Fragen ein Projekt der tiefgreifenden Transformation der gesell-

schaftlichen Verhältnisse verbirgt. Wieder kommt aus Europa und in Europa ein Projekt der Freiheit, Gleichheit, Solidarität zur Welt. Es ist ein Projekt, das wir antifaschistisch nennen können, weil es die Leidenschaft und die Stärke der Widerstandskämpfe wieder einfordert. Die Allianz zwischen Podemos und Syriza – der Anstoß für eine Allianz, in der alle neuen europäischen Linken zusammentreffen – kann Grundlage für das Modell einer demokratischen Union werden, das auf einer Solidarität jenseits des Marktes und gegen ihn aufbaut. Auf dieser Basis kann Finanzpolitik nichts anders bedeuten als die Kürzung oder Abschaffung der bisher angehäuften Schulden und in der Zukunft die Schaffung und Homogenisierung von progressiven Besteuerungskriterien in der gesamten Euro-Zone. Die zentralen Themen des Wohlfahrtsstaats, jene der Bildung, der Gesundheitsversorgung, der Renten und der Wohnungspolitik, aber auch die Hausarbeit und die Sorgearbeit müssen in einheitlicher Weise auf europäischer Ebene entwickelt werden, begleitet von der großen Innovation eines ausreichenden, allgemeinen und homogenen Grundeinkommens. Das alles eröffnet einen konstituierenden Kampf, durch den die neuen Rechte der Solidarität anerkannt werden, in dem das Gemeinsame, das Kommune, die *commons* ein zentrales Element der wirtschaftlichen und sozialen Organisation werden.

Um diese Ziele zu erreichen, muss jedoch das Terrain des Kampfes benannt werden, und dies kann nur der gesamte europäische Raum sein. Damit kommen wir zu einem zentralen Thema, an das sich viele Missverständnisse anschließen: das der Abtretung von Souveränität. Solche Transfers der Souveränität sind schon geschehen, und zwar immer im Sinne der neobismarckianischen Mächte

des Finanzkapitalismus. Die nationalistischen Rechten wiederum formieren sich in ihren demagogischen Angriffen auf diese Souveränitätstransfers und breiten sich auf gefährliche Weise in Europa aus. Allerdings ist es seltsam zu sehen, wie diese Positionen manchmal auch unter den Anhänger_innen von Syriza, Podemos und anderen Kräften des gerade entstehenden „neuen Europas“ aufblitzen (oder positiv beurteilt werden). Wir müssen in diesem Punkt eindeutig sein: Die einzelnen Länder, die der EU beigetreten sind, und umso mehr jene, die dem Euro beigetreten sind, besitzen nicht mehr die volle Souveränität. Und das ist gut so. Im Hinterhof der nationalen Souveränität haben sich alle Tragödien der Moderne entwickelt. Und wenn wir weiterhin über Souveränität im klassisch-modernen Sinne reden wollen, das heißt über eine Macht „in letzter Instanz“, muss es klar sein, dass diese Macht zunehmend mit Frankfurt am Main identifiziert wird, oder um genauer zu sein, mit dem Turm der Europäischen Zentralbank. Wir befinden uns in der Situation einer gefährlichen Verdoppelung: Wir brauchen Frankfurt, wir brauchen eine europäische Währung, wenn wir nicht Beute der globalen Finanzmächte, der US-Politik und der anderen kontinentalen Kolosse werden wollen, die sich gerade gegen Europa profilieren. Aber auf der anderen Seite müssen wir Frankfurt für die Demokratie wiedergewinnen und die Ansprüche der Bevölkerungen durchsetzen. Und Frankfurt muss von Europa gestürmt werden – zuerst von den Bewegungen und dann, nach und nach, von der Mehrheit der europäischen Demokratien und von einem Europäischen Parlament, das in eine konstituierende Versammlung verwandelt wird. Mit der Globalisierung hat sich überall zentral das monetäre Regime von kontinen-

talen Zonen durchgesetzt, mit Europa als einer dieser kontinentalen Zonen. Kein politisch wichtigerer Kampf lässt sich vorstellen als jener, der zur demokratischen Kontrolle über die Regierung der europäischen Währung führt. Das ist der Kampf, der heute dem Sturm auf die Bastille entspricht.

Andererseits ist es offensichtlich: Nur, wenn man die Frage nach der Kontrolle über die monetäre und politische Spitze Europas stellt und damit auf der Auflösung der alten monokratischen Souveränitäten besteht, kann das Problem des Föderalismus auf produktive Weise angegangen werden – ein weiterer, bedeutender Schritt zum Aufbau eines neuen Europas. Es geht um einen Föderalismus, der nicht nur die europäischen Nationen in einem konstituierenden Dialog zusammenbringen will, sondern auch und vor allem eine Verkettung aller Nationen, Bevölkerungen und Sprachen, die sich kulturell und politisch autonom fühlen, in einem einheitlichen, also föderalen Rahmen. Nicht nur die PIIGS-Staaten wollen das, auch Schottland, Katalonien, das Baskenland und alle anderen Regionen, die Autonomie und die tatsächliche Macht fordern, ihre politische und soziale Verfassung entscheiden zu können. Der Föderalismus wird beim Aufbau Europas eine Schlüsselrolle einnehmen. Die Frage der Souveränität kann nur in Form der Pluralität gestellt und beantwortet werden, in Übereinstimmung mit den Dynamiken, die einen echten Föderalismus für die kommenden Jahre artikulieren.

So lässt sich aufs Neue verstehen, wie nur die Linke, jene neue Linke, die von der demokratischen Radikalität der entstehenden und kämpfenden Bewegungen ausgeht und sich auf den Linien der Emanzipation organisiert (Syriza und Podemos), die Europäische Union

bestärken kann – nicht als Herrschaftsinstrument, sondern als demokratisches Ziel. *Linke – Europa – demokratische Radikalität*: Dieses Dispositiv hat für die Interessen der Arbeiter_innenklassen und die Emanzipation der Bürger_innen aus der Armut zunehmend an Bedeutung gewonnen. Es gibt eine lange und schmutzige Tradition von Souveränitätslinken, der in gleichem Maße ein Ende gesetzt werden muss wie die populistischen Erfahrungen zurückgeschlagen werden müssen, die sich nationaler Gefühle bemächtigen und diese in faschistische (nationalistische, identitäre, isolationistische) Triebe verwandeln. Nur eine europäische Linke kann – von Grund auf verändert durch die demokratische Radikalität der entstehenden Bewegungen gegen die Sparpolitik – ein demokratisches Europa aufbauen.

Hier zeigt sich ein weiteres Problem, das wir die „atlantische Frage“ nennen wollen. Es ist ein Problem, dem häufig ausgewichen wird, eines, das aus der Debatte ausgeschlossen wird, als wäre es selbstverständlich, dass der Prozess der europäischen Einigung unter dem wachsamem Schutz der Vereinigten Staaten entwickelt werden müsste. Europa wurde im antifaschistischen Widerstand gefördert, um die Kriege aufzuarbeiten, die es bis zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts zerrissen haben, die seine Bevölkerungen von Mal zu Mal verarmt und gedemütigt zurückließen. Gegen diese Bedingung bildeten sich im Europa der Nachkriegszeit und in der spanischen Transition die ersten Fermente eines europäischen Diskurses, im Wissen darum, dass Frieden die Möglichkeit zur Demokratie bedeutet, während Krieg immer Faschismus und Militarismus bedeutet hat. Nach dem Fall der Berliner Mauer hat die europäische Einheit auch die Funktion als letzte Front gegen den

Sowjetismus und den russischen Expansionismus verloren. So wurde das Ziel der Europäischen Union neu zentriert und organisiert – in einem Rahmenwerk der Kultur, eigener rechtlicher Strukturen und der Autonomie auf globaler Ebene.

Nun aber ist Europa von Kriegen umgeben. Der gesamte Mittelmeerraum, der nicht nur in den Süden integriert ist, sondern aufgrund von Migrationsbewegungen und grundlegenden energiepolitischen und handelsbedingten Verbindungen zutiefst auch ins gesamte Europa, wird von einer einzigen Linie aus Krieg, Faschismen und Diktaturen durchzogen. Es ist eine Linie, die sich in den Nahen Osten erstreckt und Europa auf gefährliche Weise bewaffneten Bewegungen aussetzt, die eine globale Bedeutung haben und global gelenkt werden. Darüber hinaus entwickelt sich an der östlichen Grenze Europas zwischen russophonen Bevölkerungen ein unsinniger Krieg, in dem Verantwortlichkeiten auf Fragen globaler Steuerung rückübertragen werden, die den Interessen der europäischen Bevölkerungen zuwider laufen. Aus dieser Perspektive wird die Souveränität Europas – nicht mehr die imaginäre Souveränität der einzelnen Länder, sondern jene bereits reale, die sich gerade entwickelt – auf die NATO projiziert und von dieser usurpiert. Dies ist die eigentliche Abtretung von Souveränität, die den europäischen Nationen zuteil wird. Wenn Alexis Tsipras in symbolischer Weise die Notwendigkeit betont, dieses Problem anzugehen, berührt das eine wesentliche Sehne der europäischen Ordnung. Er weist damit auf ein Problem hin, auf das wir alle antworten müssen, ohne Illusion, dass es sofort gelöst werden könnte, aber dennoch auch ohne seine Existenz und seine zentrale Wirkung zu leugnen. Wir sprechen hier über das Verhältnis der

Union zu Krieg und Frieden, nicht nur im Inneren Europas, sondern auch an seinen Grenzen. Darüber hinaus ist es klar, dass die „atlantische Frage“ nicht ein Problem ist, das nur Krieg und Frieden betrifft: Es ist eine Frage, die ausgehend von Krieg und Frieden bis zum Kontrollsystem und zum Kommando über die Produktions- und Finanzstrukturen von Europa selbst reicht.

Um nicht heuchlerisch zu sein, um Klarheit walten zu lassen, um die Prozesse des Aufbaus einer politischen Kraft der europäischen Linken weiter zu beschleunigen, möchten wir einige Probleme ansprechen: Was kann Podemos zur Migrations- und Flüchtlingspolitik sagen oder tun? Und was, wenn wir unsere Frage zur NATO wiederholen und zuspitzen, zu den regionalen Konflikten, die innerhalb der Grenzen der Union im Gange sind? Wenn diese Fragen in der Zeit vor den Wahlen als „Verlierer-Fragen“ verstanden werden, sollten wir dann versuchen, sie zu vermeiden und/oder darauf mit rhetorischen Übungen zu reagieren, um uns über den Moment zu retten? Nein, auf keinen Fall. In diesem Zusammenhang ist es sehr schwierig, nach dem Motto „Zuerst übernehmen wir die Macht, dann diskutieren wir das Programm“ vorzugehen. Fragen zu Krieg und Frieden sind nicht als zweitrangig zu betrachten. Zu diesen Themen Stellung zu beziehen bedeutet, eindeutig klarzustellen, welche grundlegende Position die Führungsgruppe von Podemos nicht nur zur Frage von Frieden und Krieg einnimmt, sondern auch zu den Reformen und zum konstituierenden Projekt, das ganz Europa betrifft. Der Mut und die Ernsthaftigkeit, wie Alexis Tsipras den gesamten thematischen Kontext gesetzt hat, der heute für den Aufbau eines Europas jenseits der Troika wichtig ist, ist der gleiche, der es uns

ermöglicht, auch ein Dispositiv „jenseits der NATO“ zu setzen. Die Bewegungen und die Regierungen einer neuen Linken wissen, dass sie diese Probleme als zentral verstehen müssen. Ohne Zweideutigkeit und im Bewusstsein, dass die globale Konjunktur selbst heute zu ihrer Lösung beitragen kann. Ein demokratisches Europa ist im Ensemble der neuen globalen Realität in der Tat das, was die Bürger_innen der Welt erwarten, weil Europa eine Realität zuerkannt wird, die eine lange demokratische Tradition erneuern kann, in jenem Licht, das Syriza und Podemos entfacht haben, als Hoffnung auf Reform und Überwindung des Kapitalismus.

Die europäischen Bewegungen wollen in die kontinentale politische Initiative eingebunden sein, die die Achse Podemos–Syriza auf europäischer Ebene zu schaffen vermag und im Schaffen begriffen ist. Diese Achse ist vor allem Anziehungspunkt für die neuen Linken und die neue demokratische Radikalität, die sich im Süden der Union formiert. Sowohl der Rhythmus als auch das Ausmaß der Artikulation dieses Prozesses werden vom aktuellen Fortgang der Syriza-Regierung und von den kommenden Wahlerfolgen von Podemos abhängen. Zusammen können wir [*podemos*] einen konstituierenden Bruch auf europäischer Ebene organisieren.

3 EINE NEUE ERFAHRUNG DER ÖKONOMISCHEN REGIERUNG

In der internationalen Presse, die sich mit dem Thema Syriza befasst, wird oft eine gewisse Verärgerung zum Ausdruck gebracht: Die Griechen würden bei den Brüssler Verhandlungen unverfroren und der diplomatischen Etikette unangemessen auftreten. Wie seltsam wirkt diese Einschätzung, wenn wir die Klarheit des Verhaltens von Yanis Varoufakis mit der Gräulichkeit von jenem Wolfgang Schäubles vergleichen! Wie in einer Szene aus dem *Geizigen* von Molière steht ein mutmaßlicher Verschwender riesiger Vermögen neben einem Bürger, der das gesparte Geld verteidigt. Jenseits dieser Rahmung lesen wir – immer noch mit Molière – das Stück aus einer anderen Perspektive: auf der einen Seite Varoufakis, freier Vertreter einer Multitude von Arbeiter_innen, der für sie die Möglichkeit fordert, Wert zu erzeugen und Wohlstand zu schaffen, auf der anderen Seite Schäuble als verruchter Finanzwächter der Reichen; Varoufakis als Abbild der Arbeit, Schäuble als Agent der Extraktion des Werts dieser Mühe und dieser Vorstellungskraft.

Für lange Zeit war die Lohnvariable in Europa der Stachel der kapitalistischen Entwicklung. Der Staat, die Staaten bezahlten diese Stimulierung der Entwicklung, und so wurde der sogenannte Wohlfahrtsstaat geboren; und zum ersten Mal in der Geschichte erwies sich auch für die arbeitenden Klassen ein gewisser Wohlstand als möglich. Sie waren aus der Minderheit herausgetreten, präsentierten sich auf der politischen Bühne und über-

setzten die Frage der Löhne und der Wohlfahrt in ein Kräfteverhältnis, das für sie günstig war. Also verschuldeten sich die Staaten, um den sozialen Frieden zu bewahren. Jetzt, in der Krise, fordert die europäische Kaste der Arbeitgeber_innen und die politische Kaste von den Arbeitnehmer_innen eine Vergütung dieser Kosten und nennt diese Vergütung Schulden. Und so zeigt sich Herrschaft in der Figur der Schulden. In der Krise wiederholen sich die Ursprünge des Kapitalismus. Der Ursprung besteht in der ungezügelter Akkumulation und im Monopol über die soziale Verteilung des Reichtums und des Geldes. So entstehen Gesellschaft und Macht der Bourgeoisie, die ihre Interessen zur allgemeinen Verfassung werden lässt und ihre eigene Identität auf der Ausbeutung aller sozialen Arbeit gründet. Das Problem sind also nicht die Schulden, sondern wie sie entstanden sind; nicht ihre Quantität, sondern ihre Qualität, die Weise, wie sie das Leben aller bestimmen.

Mit dem Wandel der Kräfteverhältnisse sind die Schulden zu einer Strafe geworden, nicht für diejenigen, die sie etabliert haben (die Arbeitgeber_innen in ihrem Streben, den sozialen Frieden zu erhalten), sondern für die Arbeiter_innen, die bereitwillig auf diesen Frieden verzichtet hätten, weil er ihre Unterordnung erneuert. Dieses Verhältnis der Unterordnung gilt es zu brechen. Wir denken, dass Podemos die Fähigkeit besitzt, diesen Skandal in Spanien und Europa zu beenden. Warum? Weil Spanien die viertgrößte Volkswirtschaft in Europa ist, weil seine demografische und wirtschaftliche Stärke es vor Erpressung und Ausgrenzungsmanövern schützt, weil eine demokratische Initiative aus Spanien – eine Revision der Staatsverschuldung, Entschädigungen und ein Impuls für das Wachstum in Form von Krediten und

Strukturförderung – von der gepuderten Diplomatie in Brüssel nicht mit Arroganz behandelt werden, sondern sich mit dem Interesse und dem konstituierenden, politischen Erwachen der anderen demokratischen Kräfte in Europa verbinden wird.

Allerdings kann eine wirtschaftliche Erneuerungspolitik nur davon ausgehen, die steuerliche Ungerechtigkeit zu beseitigen. Dies erfordert, Kriterien für eine stark progressive Besteuerung einzuführen, eine klare Kontrolle der Bankaktivitäten, eine Finanztransaktionssteuer – und das alles verbunden mit einer Politik, die Steueroasen und Finanzrenditen zerschlägt. Unser Aufruf ist ein entschlossener Aufruf zum steuerlichen Interventionismus. Wir sind uns bewusst, in welchem Ausmaß Interventionismus nach hinten losgehen und uns zurück zu den schlimmsten Versionen des Jakobinismus führen kann, wenn sich ein sakrosankter Sinn für Gerechtigkeit mit einem dazugehörigen Ausmaß an plebejischem Sektierertum trifft. Aber in Bezug auf die Steuerfrage ist Interventionismus erforderlich. In diesem Fall handelt es sich – ganz jenseits seiner Exzesse – um eine ausgewogene Vorstellung jenes Gefühls von Gleichheit, das die Demokratie hervorruft, um einen wesentlichen Aspekt eines erneuerten konstituierenden Willens. Auf diesem Feld ist es völlig legitim, auf die starke moralische Überzeugungskraft zurückzukommen – nach Jefferson die Seele des demokratischen Denkens –, wie sie häufig und wirksam in den Bewegungen der Multituden ausgeübt wurde. Mit dieser Erfahrung der Gerechtigkeit, mit diesem Gefühl von Gleichheit eine neue konstituierende Erfahrung für die Europäische Union ins Spiel zu bringen, das ist der wahre Gegenstand der Kritik der politischen Ökonomie unseres Jahrhunderts.

Wer zahlt Steuern, in welchem Ausmaß und zu welchem Zweck? Das ist die Frage, deren Wiedereinführung die Kastenordnung für vulgär erklärt, die aber Ausgangspunkt aller konstituierender Erfahrungen der Moderne ist. Und wenn wir heute darüber hinaus sind, wenn wir bereits in der Postmoderne sind, reicht es nicht aus, über die soziale Verteilung der Gewinne zu debattieren, vielmehr müssen wir einen ökonomischen Diskurs entwickeln, der, ausgehend von der Reproduktion des Lebens und des Reichtums, die Themen der sozialen Produktion aufgreift. Gerade auf dem Terrain der Produktion wird der demokratische Kampf abgesteckt und gewonnen.

Keynesianismus also, oder Postkeynesianismus? Welchen ökonomischen und unternehmerischen Rahmen können wir beanspruchen, wenn wir die reaktionäre Natur des Ordoliberalismus und damit auch der Verfassung der Europäischen Zentralbank unter der Befehlsgewalt der Deutschen Bundesbank erkannt haben? Und wer soll Hauptakteur_in dieser wirtschaftlichen Erneuerung sein, die zugleich eine demokratische Erneuerung sein muss? Das Problem ist schwierig, und es ist schwierig, weil es neu ist. Alt ist dagegen die heilige Geschichte der harten Arbeit und der Sparsamkeit der Bundesrepublik Deutschland. Alt sind das ordolibérale Credo der „sozialen Marktwirtschaft“ mit seinem Propheten Erhard und die Währungsreform von 1948 als sein erstes Wunder. Sobald seine antikommunistische Funktion, wie sie von den anglo-amerikanischen Besatzer_innen betrieben und organisiert wurde, erledigt war, wurde das ordolibérale Evangelium paradoxerweise zum Instrument der Zerstörung der Verteidigungslinien gegen einen deutschen Neobismarckianismus, der sich als eine

Bedrohung von Frieden und Demokratie erneut auf dem Kontinent erhebt.

Wenn wir sagen, dass wir uns in der Postmoderne befinden, beginnen wir mit der Frage nach dem zentralen ökonomischen Subjekt, das imstande ist, die Reform zu deuten und dorthin zu führen, wohin es der Akt des Produzierens (in der Form einer Produktion, die sozial ist) erfordert. Wenn wir dies allerdings heute auf Spanien beziehen, können wir nicht anders als auf das „Volk“ der 15M-Bewegung zu verweisen. Prekariat, kognitive Arbeitskraft, Arbeiter_innen in der Industrie und im Dienstleistungssektor, Lehrer_innen und Student_innen, Arbeiter_innen im Sorge- und Gesundheitswesen, Arbeitslose, die sporadisch oder informell arbeiten, Frauen und Männer: Es ist ein „Volk“, das durch das globale Kapital ausgebeutet wird, eine soziale Multitude, aus der Mehrwert extrahiert wird. Das Finanzkapital extrahiert Wert aus der Gesellschaft in ihrer Totalität, an allen ihren Zeiten und Orten. Dagegen muss das Subjekt, das innerhalb dieser Bedingungen handelt (wenn es sich aus der Sparpolitik und vielleicht auch aus dem Elend befreien will, wenn es den Mechanismen der Ausbeutung entkommen will), sich der Gewalt und des Umfangs der kapitalistischen Herrschaft bewusst werden, sowie der Art und Weise, wie diese ausgeübt wird. Was wir bekämpfen (und es stellen sich hier sicherlich keine ideologischen Fragen), ist nicht nur der Egoismus und die Gier nach Geld und Macht, und genauso wenig nur der moralische Individualismus, der aus ihnen hervorgeht: Wenn wir den Diskurs des demokratischen Radikalismus nicht mitten in die ökonomische Produktion und das alltägliche Leben bringen, riskieren wir die allumfängliche Schwächung unseres Handelns. Es ist also

unsere Aufgabe, uns zu bewegen, um im Gemeinsamen, im Kommunen, in den *commons* Formen der Umverteilung des Reichtums zu schaffen und ein Befreiungswerk der produktiven sozialen Arbeit zu entwickeln.

Die Sozialpolitik ist das primäre Feld in diesem Kampf. Schlüsselement der neuen Wohlfahrt ist ein garantiertes Grundeinkommen, das ausreicht, unser eigenes Leben zu leben, unsere eigene freie und gleiche Bürger_innenschaft auszuüben, fern von Erpressung und Privilegien, fern von Konzernen und der Korruption von Mafias aller Art. Das Grundeinkommen wird damit zum wichtigsten Element eines jeden ökonomischen Programms. Auf der Basis eines abgesicherten und ausreichenden Grundeinkommens für alle, können Politiken der kooperativen unternehmerischen Leitung entwickelt werden und sich neue „menschliche Dienstleistungen für den Menschen“ eröffnen. Krankenhäuser, Schulen, Wohnungen, Ökologisierung der Produktion, des Transports und der Städte, Produktionen auf Basis von freier Software und Hardware (die ecuadorianischen und spanischen Genoss_innen haben sie FLOK-Gesellschaft – Free/Libre Open Knowledge Society – genannt), etwas grundsätzlich anderes also als der Neo-Extraktivismus in seiner spanischen Fassung, der auf der ökologischen und sozialen Verwüstung der Territorien durch Ausbeutungsökonomien und zügellose Prekarität basiert. Zudem kommen – um weitere Aspekte von herausragender Bedeutung zu nennen – sofortige Maßnahmen, die Armen aus dem Elend zu reißen; sowie eine große Politik, die dazu führt, dass die Frauen sich endlich als Bürgerinnen *inter pares* fühlen, die allen Frauen dabei hilft, sich nicht nur innerhalb des Patriarchats und der Familie zu befreien, sondern sie zugleich

in den Wechselfällen ihrer Befreiung unterstützt; Maßnahmen, die den migrantischen Mitbürger_innen volle Staatsbürger_innenschaft gewährleisten, die ihnen vor allem deshalb zusteht, weil sie es – wie alle wissen – gewesen sind, die in den vergangenen zwanzig Jahren in Spanien die menschliche Grundlage für das Wachstum im Immobilien- und Dienstleistungssektor und vor allem für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Pensionsystems gebildet haben.

Es sind diese Formen produktiver Tätigkeiten, die den Aufbau des Gemeinsamen, des Kommunen, der *commons* ausmachen. Wir brauchen „Metropolräume der Arbeit“, die Kampfwerkzeuge und Figuren für die Organisation des gemeinsamen Lebens zur Verfügung stellen. Und dies gilt nicht nur für das Grundeinkommen, sondern auch für die Arbeitslöhne: Die Initiative der Gewerkschaft muss sich mit dem Sozialen auseinandersetzen; die schon in den *mareas*, vor allem aber von der PAH (Plattform für die von Hypotheken Betroffenen¹) erprobten Formen des Kampfes müssen adaptiert und erweitert werden. Es ist ein großes Ziel, in einem starken und partizipatorischen Projekt die mutualistische und genossenschaftliche Initiative mit der gewerkschaftlichen Initiative zum Aufbau des Gemeinsamen zu verbinden. Und in diesem Zusammenhang dürfen wir nicht vergessen, dass die PAH mehr ist als ein Referenzmodell, sie ist eine Kriegsmaschine, die Tausenden von Menschen wieder Leben und Hoffnung gegeben hat. Die Ökonom_innen von Podemos sprechen über eine vom Keynesianismus inspirierte Aktion, die die Produktionsmaschine des Landes wieder in Gang setzt. Der

¹ <http://afectadosporlahipoteca.com/>

keynesianische Anspruch ist zweifellos notwendig, um die ordoliberalen sozialen und ökonomischen Kontrollmaßnahmen direkt anzugreifen. Es ist heute zwar keine leichte Aufgabe, den Keynesianismus nach seiner politischen Niederlage, nach Thatcher, Blair und Schröder neu zu erfinden. Er kann allerdings ein geeignetes Terrain für die Wiederaufnahme von unternehmerischen Initiativen werden, für die Einführung einer wirksamen Umverteilungspolitik, wenn er ein neues Feld von sozialen Manövern und politischen Entscheidungen eröffnet, die direkte Auswirkungen auf die Beziehung zwischen dem Finanzkapital und dem produktiven, sozialen Subjekt haben. Das „Volk“ der 15M-Bewegung kann hier eine Hauptrolle übernehmen. Der Einwand dagegen: Es ist eine unorganisierte Menge, eine Ansammlung von zu unterschiedlichen Kräften. Das ist es zwar, aber es kann zu etwas ganz anderem werden. Auf diesem Grat hilft die Wiederaufnahme eines Diskurses und einer Praxis des (neuen) Klassenkampfes. Nach der Erfahrung der 15M-Bewegung entsteht die Möglichkeit eines Übergangs von der Verteidigung und Erhaltung des Wohlfahrtsstaates (*welfare*) zum europäischen Aufbau einer mächtigen *commonfare*.

Bei seinem Amtsantritt im Jahr 1933 wollte Roosevelt einen New Deal entwickeln, der die Arbeiter_innenklasse für die industrielle Entwicklung zurückerobern sollte, und er wollte vor allem eine neue Gewerkschaft, eine Gewerkschaft des (männlich und überwiegend weißen) Massenarbeiters schaffen. Das tat er auch, mit dem Ziel, seine politischen Reformen umzusetzen: Er förderte die Vergewerkschaftung neuer, tayloristischer Figuren der Arbeit im großen fordistischen Unternehmen – und so entstand auch der CIO (Congress of Industrial

Organizations), Gegenspieler der Kapitalist_innen auf dem Terrain der Arbeit; seiner Hegemonie wurden die alten Gewerkschaften der gewerblichen Arbeit unterworfen, oft korrupte Körperschaften, die unfähig waren, die Universalität der gesamten ausgebeuteten Klasse herzustellen.

Heute geht es darum, unter neuen Bedingungen in der gleichen Weise zu handeln: eine Koalition der Arbeiter_innen in sozialen und digitalen Netzwerken aufzubauen, die der neuen Zusammensetzung der Arbeiter_innenklassen entspricht, den Mutualismus und die kooperativen Institutionen zu vereinigen und vor allem eine starke Vergewerkschaftung des Sozialen zu schaffen. Das Grundeinkommen ist ein wichtiges Mittel gegen soziale Ausgrenzung, aber es reicht nicht aus, den Erfolg des Projekts entscheidend zu bestimmen. Die Revision der Staatsverschuldung, die Besteuerung von großen Vermögen und Finanztransaktionen sind ebenso wesentliche Elemente. Entscheidend ist jedoch ein Subjekt, das ökonomische und zivile Interessen vereint, das die Unterschiede der Multitude integriert, das also eine kohärente und kontinuierliche politische Aktion, eine Agitation schafft, die von unten her die konstituierende Reform eröffnet. Auf der Suche nach diesen neuen Figuren der ökonomischen Demokratie – und vielleicht auch in ihrer konkreten Gestaltung durch das Regieren des Landes – kann die sozial-unternehmerische Initiative der Multitude in Gang gesetzt werden. Wir müssen den politischen und finanziellen Kasten das ungerechtfertigte ideologische und institutionelle Monopol entreißen, das es ihnen allein ermöglicht, Unternehmen zu betreiben. Wenn man sie umsichtig umsetzt, entstehen ökonomische Kritik

und Reformprogramme aus dem Verhältnis von Regierung und Multituden. Sie existieren nicht vor dem politischen Handeln von unten. Wenn die populären Initiativen aber die Regierung ausmachen, kann auch die ökonomische Regierung erneuert werden. Wir brauchen eine neue Wissenschaft der ökonomischen Regierung der postmodernen Gesellschaft. Viele erwarten von Podemos die Einführung in dieses Wissen, das jenseits übergeordneter Regierungstaktik aus der Strategie der Multituden und aus dem Vorschlag einer echten Demokratie in Europa besteht.

4 FÜR EINE KONSTITUIERENDE INITIATIVE IN EUROPA

Das konstitutionelle demokratische System Nachkriegs-europas war in allen Ländern nach einem Modell des wiederkehrenden Regierungswechsels zwischen „rechts“ und „links“ organisiert, im Rahmen einer kapitalistischen Ordnung, die sich weiterentwickelte und Reformen unterworfen war, aber zugleich grundsätzlich außer Diskussion stand. Es herrschten die Bedingungen von Jalta. Dieses Modell ist in der Krise. In vielen europäischen Ländern stehen tatsächlich bereits dritte Kräfte zur Wahl, die dieses duale Schema erschüttern. In dieser Hinsicht sollten wir uns fragen, ob der Aufbau einer neuen konstitutionellen Struktur der Europäischen Union nicht genau von der Krisenprognose des Nachkriegsverfassungsmodells her begonnen hat, jedenfalls aber ausgehend von der Wahrnehmung einer sich offenbarenden Maßlosigkeit des klassisch demokratischen Modells. Diese Struktur schien vor allem die Aufrechterhaltung eines kapitalistischen Entwicklungsmodells angesichts seiner niedergehenden nationalstaatlichen Formen zu garantieren. Andererseits waren „links“ und „rechts“ schon in die „Mitte“ gerutscht, indem sie künstliche Repräsentations- und Regierungsweisen auf ein Gleichgewicht ausrichteten, das anhaltende Stabilität sicherstellen sollte, und indem sie jede Dialektik von Reform oder Transformation eliminierten.

Das war der Stand – doch die Situation ändert sich rasch. Die griechische Krise beginnt zu zeigen, dass diese Homogenität der (aus „rechts“ und „links“ zusammengesetzten) Befehlsgewalt eine Funktion in einem

konservativen und nicht selten offensichtlich reaktionären Sinn darstellt. Auf der einen Seite verstehen die Rechten Europa als ihre Beute. Die Art, wie sie bis jetzt als Mehrheit in Europa handeln, zeigt, dass sie ein Europa wollen, das ihr exklusives Produkt ist – eine wahrliche Verdinglichung. Auf der anderen Seite sehen wir die sozialdemokratischen Regierungen in einem zentristischen Block gefangen, der ihnen erlaubt, ihre Partikularinteressen zu vertreten, ohne jede Hoffnung auf Erneuerung. Das schmerzhaftes Harakiri von Zapatero im Mai 2010 oder die Selbstzerstörung der griechischen PASOK geben Zeugnis davon.

In ihrer historischen Ausgestaltung und heutigen Erscheinungsform muss sich die Europäische Union den Erpressungen einer Regierung der politischen „Mitte“ beugen, die zu extremistischen und verheerenden Aktionen zur Verteidigung des kapitalistischen Gleichgewichts fähig ist; vielleicht ist ihre Bestimmung sogar, ganz in Scherben aufzugehen. Je mehr die europäischen Multituden verstehen, dass in einer globalisierten Welt nur eine kontinentale Organisation die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Bevölkerungen ermöglicht, desto weniger sind die europäischen politischen Klassen an einer politischen Union interessiert, die nicht unmittelbar und ausschließlich in ihrem eigenen Interesse konstruiert ist.

Wir müssen diesen Niedergang umkehren und im Aufbau des europäischen Projekts die Demokratie wieder ins Spiel bringen. Dies ist für Griechenland notwendig, um zu überleben, für die spanischen demokratischen Kräfte, um sich zu behaupten und zu gewinnen, für alle Europäer_innen, um sich zu Europa zu bekennen und aus der Krise und der Sparpolitik auszubrechen,

die heute nicht nur das Überleben schwierig machen, sondern auch jede Freiheit verhindern. Dieses Bedürfnis muss sich in eine politische Entscheidungskraft verwandeln, weil, sobald das Begehren für Europa bei den Multituden mehrheitlich wird, die Kapitalist_innen und ihre Regierungen alles tun werden, um Europa zu zerstören. Sie können auf beiden Spielfeldern agieren, jenem des bestehenden Europas und jenem der alten aggressiven Nationalismen. Wir aber nicht.

Zugunsten Europas zu sprechen, an der Gründung einer konstituierenden Macht zu arbeiten, die ihm einen sozialen Charakter und eine demokratische Eignung in einer föderalistischen Perspektive gibt, bedeutet heute schmerzlicher Weise, gegen einen Großteil der Linken in Europa zu polemisieren. Es ist klar, dass sie ihr Erstgeburtsrecht verkauft haben. Bereits bei der Abstimmung über die Europäische Verfassung im Jahr 2005 wurde die Blindheit der europäischen Linken deutlich. Tatsächlich sehen die europäischen Sozialdemokratien keine Möglichkeit, außerhalb des nationalstaatlichen Rahmens Politik zu machen und Macht auszuüben. Diese sektiererisch nationalistische Blindheit wurde (nach einer langen Phase des Verfalls) wiederbelebt und ist seit der europäischen Krise in Europa wieder so richtig angesagt. Statt sich mit den Bewegungen zu verbünden, die um die Transformation der Realität der Europäischen Union kämpfen, haben die europäischen Linken sich nicht nur häufig für die Sparpolitik ausgesprochen, sondern sogar gegen Europa (wie zum Beispiel gerade in Frankreich) – getrieben von einem unternehmerischen Egoismus, der dem Wort „links“ auch noch den letzten Lichtschein genommen hat. Es ist so weit gekommen, dass dieser Egoismus leicht mit dem Hass der faschistischen Kräfte

gegen die EU schwimmt. Die Amtsträger_innen der Linken sagen, dass Europa nicht funktionieren kann, weil man von Anfang an juristische Bürokratien vorgezogen hat, statt sich dem Entstehungsprozess einer politischen Regierung anzuvertrauen: und es ist wahr. Sie sagen auch, dass in einer zweiten Phase versucht wurde, (nationale) Ökonomien im Gleichschritt marschieren zu lassen, die ein unterschiedliches und manchmal widersprüchliches Tempo hatten, ohne zu dieser Zeit wirksame Anstöße für eine programmatische Einheit auf steuerlicher und kultureller Ebene ins Spiel zu bringen: und es ist wahr. Schließlich sagen sie, es konnte im Brand der Krise kein Kompensationsmechanismus gefunden werden, und das hat die Union und den Euro gerade in Ermangelung jeder politischen Stütze an den Rand der Auflösung geführt, was zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerungen von Südeuropa ging: und auch das ist wahr.

Aber warum wollen uns die linken Parteien heute Lehren erteilen, wenn es genau ihre ausschließlich staatliche Vision gewesen ist, der Korporatismus der Gewerkschaften und der Verrat an jeder internationalistischen Hoffnung, die uns in diese Situation geführt haben? Es ist mehr als offensichtlich, dass die politische Einheit Europas das Grundelement seines ökonomischen und zivilen Erfolgs im globalen Kontext ist. Diese Politik müsste die Linke befördern, doch tatsächlich hat sie sich im Bündnis mit der Rechten verloren und korrumpiert, nicht nur auf dem Gebiet der nationalen, sondern vor allem der europäischen Regierungen.

Jetzt gilt es, keine Zeit mehr zu verlieren. Die Integration fortzusetzen bedeutet heute, eine *konstituierende Kampagne* zu lancieren, es bedeutet, jenen pas-

siven Konsens abzulehnen, der bisher erlaubt hat, die derzeitigen europäischen Strukturen zu bestärken und die politische Katastrophe zu vertiefen, die durch deren Politik verursacht wurde. Es bedeutet, eine öffentliche Meinung zu entwickeln, die eine neue konstitutionelle Perspektive vorzuschlagen beginnt. Nach dem Sieg von Syriza, der auch die Hoffnung auf jenen nächsten Sieg von Podemos nährt, nachdem in vielen Teilen Europas euroradikale politische Kräfte entstehen, bedeutet Europa zu konstituieren unschwer, die konservativen Parameter loszuwerden, die bislang die Strukturen und Politiken bestimmt haben. Es ist seltsam, dass das jetzt erst klar wird, aber tatsächlich haben seit dem Sieg von Syriza die interne und die externe Dimension der Union begonnen, sich zu überschneiden und Hand in Hand zu gehen, als Anreiz für ein Regime von mehr Gleichheit und Freiheit, als Versuch, aus dem „Gemeinsamen“ jenseits der falschen Dichotomie des Privaten und des Öffentlichen einen anerkannten Wert in jedem einzelnen der Länder Europas zu machen, *und zugleich* als Druck, der alle europäischen Länder durchzieht, in Richtung einer demokratisch sanktionierten, föderalen Integration. Es handelt sich um einen Prozess, der in den Kinderschuhen steckt, der zugleich aber dazu neigt, mehrheitlich zu werden. Auf jeden Fall muss man einräumen, dass ein neuer konstituierender Geist in der Luft liegt. Ist es nicht genau die Aufmerksamkeit für diesen Geist, die in der Gegenrede so viel Hysterie und Vulgarität in den Medien der Bosse, den Erklärungen der Parteien und der europäischen Bürokratien hervorrufft? Es gibt eine neue Einsicht, dass die Dimension der Befreiung in den einzelnen Ländern mit dem Vermögen der Föderation auf der Ebene von ganz Europa einhergeht – ist es

nicht das, was den engstirnigen und dummen nationalen Oligarchien Angst macht?

In einem schönen Artikel, der vor kurzem in der italienischen Zeitung *Il Manifesto* erschienen ist, wurde an den Ballhausschwur erinnert, den die Revolutionäre des Dritten Standes im Juni 1789 leisteten, als offensichtlich wurde, dass die anderen Stände des Ancien Regime keine Verfassungsreform unterzeichnen würden, die auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität gründete. Heute brauchen die demokratischen Kräfte in Europa einen ähnlichen Übergang, einen konstituierenden Eid, der es erlaubt, neue Formen der föderalen Union und neue Strukturen der ökonomischen Einheit auf europäischer Ebene auszumachen, die als ihre Basis die neue demokratische Radikalität versammeln, die seit 2011 zum Ausdruck kommt.

Es sind die rechtlichen und ökonomischen Bedingungen der Außenpolitik, die dieser Notwendigkeit der Konstituierung zugrunde liegen, und ihr muss eine politische Entscheidungskraft entsprechen, die sich in den Bewegungen verkörpert. Die Elemente der Außenpolitik ergeben sich aus einer sorgfältigen Reflexion über die Situierung Europas auf globaler Ebene. Heute ist Europa Teil eines Blocks von Kräften, die in der NATO zusammengefasst sind, die, ohne dafür zu haften, die Außenpolitik der Mitgliedstaaten der Union lenkt. Die Interessen der europäischen Bevölkerung sind vollständig der atlantischen Macht untergeordnet. In diesem Bereich erleben wir jeden Tag nicht gerechtfertigte Paradoxien und nicht zu rechtfertigende Verstrickungen, einschließlich der europäischen Finanzierung des ukrainischen Kriegs und der aktuellen Blockade der Refinanzierung der griechischen Schulden. Aber das

Durcheinander der Passivität der Bevölkerungen und der Opazität der Entscheidungen, der Kompromisse und der Feigheit in der Außenpolitik der einzelnen Länder und der Union ist unbeschreiblich: Genug davon! Die Verantwortungslosigkeit dieses strategischen und militärischen Verhältnisses ist in dieser Zeit der globalen Instabilität eine äußerst gefährliche Bedingung, der jede konstituierende Initiative an erster Stelle Rechnung tragen muss – und hier geht es auch um die Beendigung der Gewalt gegen Personen an den Außengrenzen der Europäischen Union.

Ein Europa, das sich vom atlantischen Einfluss befreit, muss in der Lage sein, autonome Politiken zu entwickeln, die den Austausch fördern und der Welt die kollektive und kooperative Intelligenz in dem Ausmaß zur Verfügung stellen, in dem sie bisher entwickelt ist, den General Intellect, von dem Marx sprach; Politiken, welche die unterdrückten Bevölkerungen unterstützen und nachhaltigen Frieden und Entwicklung aufbauen. Denn vergessen wir nicht, dass der Frieden heute auf dem Spiel steht.

Hinsichtlich der rechtlichen Bedingungen ist das Hauptziel in dieser konstituierenden Phase klarerweise, die Dynamik in Richtung einer europäischen föderalen Struktur der Regierung der Multituden zu lenken. Wir sind für eine konstituierende Macht, die eine Föderation in Europa aufbaut. Wir sind dafür, perspektivisch eine föderale Ordnung zu gründen, die die zivilen, ökonomischen und moralischen Interessen der Bürger_innen aller Staaten sammelt, mobilisiert und stärkt, in einer Gemeinschaft der Europäer_innen, die auch die Unionsbürger_innenschaft jener Bürger_innen zweiter und dritter Kategorie anerkennt, jene der Migrant_innen

aus EU- und Nicht-EU-Staaten. Wir wissen, dass das „Sich-Verbünden“, die Föderation schwierig ist, weil sie in der gegenwärtigen Phase die Zerstörung der Oligarchien der europäischen Regierung und damit jene der Oligarchien der Parteien in den einzelnen Ländern der Union erfordert. Aber die Föderation kann trotz dieser Hindernisse errichtet werden, wenn man sie nicht nur als eine Einheit von Staaten, von verschiedenen ökonomisch-politischen Konfigurationen versteht, sondern als Prozess, in dem sich (jenseits der Kriege der Vergangenheit) eine neue Geschichte Europas ebenso offenbart wie die Kräfte, deren es heute fähig ist (eine reiche Fülle an kognitiver und Sorge-Arbeitskraft, die ökonomische und zivile Innovation produziert).

Vor allem aber bestehen wir auf der Tatsache, dass ausgehend vom aktuellen Grad der politischen und sozialen Kämpfe, der neuen Klassenkämpfe, der sozialen Organisation der Arbeit und der kapitalistischen Extraktion des Reichtums, die europäische Einheit und der Föderalismus keine rechtlich unantastbare Maschine bilden können, welche die gegenwärtigen Klassenunterschiede reproduziert. Es geht nicht um das Spiel, in dem sich alles ändert, weil nichts sich ändert, wie im Übergang vom europäischen Faschismus zur Demokratie der Nachkriegszeit und in den 1980er Jahren in der spanischen Transition. Wir wollen eine Verfassung, die von oben eine Regierung der Freiheiten fordert, und von unten, von den Multituden, eine Ausübung der egalitären Verwaltung in der Produktion und in der Umverteilung des Reichtums. In den letzten Jahren haben wir in Lateinamerika die Entstehung von neuen demokratischen Verfassungen erlebt, die den Pluralismus der Subjekte mit sehr effektiven Dispositiven ökonomischer Reform

verbunden und im Licht eines überwältigenden Sinns für Gleichheit neue soziale Solidaritäten erschaffen haben. Es geht nicht darum, diese Erfahrungen nachzunehmen oder sich mit ihrem Erfolg zu vergleichen. Es geht um die Förderung und Unterstützung einer demokratischen Dynamik, die in der Lage ist, auf dem Terrain einer föderalen Verfassung des Gemeinsamen zu gewinnen. Es geht darum, ein Vermögen des Aufbaus von politischen Unternehmen für eine Gesellschaft, die Freiheit mit Reichtum verbindet, zu verbreiten und umzusetzen. Es geht darum, jedes Identitätsgefühl abzulehnen, das ständig nichts anderes als Nationalismen und selbstmörderische Demokratien in ihrer Reproduktion der oligarchischen Art produziert. Es geht um den Aufbau eines gerechten und vereinten Europas. Leider gibt es keine Alternative. Die demokratischen Ausbrüche der Multituden in Griechenland, in Spanien, und dann der Erfolg von Syriza und die Hoffnung auf Podemos sind aus dieser Perspektive nichts als ein Anfang, eine Gelegenheit, die mit Mut und Intelligenz genutzt werden muss.

transversal texts

transversal.at

Aus dem Programm 2015



Gerald Raunig

DIVIDIUM

Maschinischer Kapitalismus und
molekulare Revolution, Band 1

Die jahrhundertelange Konjunktur des Individuums gerät ins Wanken. Es beginnt das Zeitalter des Dividuellen. Die schlechte Nachricht von Gerald Raunigs Philosophie der Dividualität ist, dass sich das Dividuelle im maschinischen Kapitalismus vor allem als Verschärfung von Ausbeutung und Indienstnahme zeigt: In Algorithmen, Derivaten, Big Data und Social Media wirkt Dividualität als ausufernde Erweiterung von herrschaftlicher Teilung und Selbstzerteilung. Die gute Nachricht: Genau auf dem Terrain des Dividuellen wird auch eine neue Qualität von Widerstand möglich, als kritische Mannigfaltigkeit, molekulare Revolution und Con-division.

ISBN: 978-3-9501762-8-5

Januar 2015

15,- €

transversal texts

transversal.at

Aus dem Programm 2015

transversal texts

transversal.at

Aus dem Programm 2015

Félix Guattari

Antonio Negri

Neue Räume der Freiheit

Herausgegeben von Isabell Lorey,
Gerald Raunig und Alan Roth

Félix Guattari

Antonio Negri

Neue Räume der Freiheit

*Herausgegeben von Isabell Lorey,
Gerald Raunig und Alan Roth*

Aus dem Französischen und Italienischen von Alan Roth

Im Jahr 1983 flieht Antonio Negri nach Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität vor der Verfolgung durch den italienischen Staat nach Paris. Es beginnt damit ein 14-jähriges Exil, in dem der marxistische Philosoph sich stärker als zuvor mit der poststrukturalen französischen Theorie von Deleuze, Foucault und anderen auseinandersetzt. Mit Félix Guattari beginnt er ein Experiment des gemeinsamen Schreibens, das Buch *Les nouveaux espaces de liberté*.

Neue Räume der Freiheit ist nicht nur ein Zeitdokument aus den „Winterjahren“, den bleiernen Jahren nach der staatlichen Repression gegen die italienische Autonomia und vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, sondern zugleich auch ein vielfaches konzeptuelles Versprechen für eine Zukunft, die heute unsere ausgedehnte Gegenwart ist. Die begrifflichen Erfindungen des späten Guattari zeichnen sich hier ebenso ab wie die späteren Arbeiten von Antonio Negri mit Michael Hardt. Es bricht an die Zeit der Vielheiten, des Commonismus, der molekularen Revolutionen.

ISBN: 978-3-9501762-9-2

Juli 2015

10,- €